

Verwaltungsbericht der Finanz-Direktion des Kantons Bern

Autor(en): **Guggisberg, P. / Dürrenmatt, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1941)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZ-DIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1941

Direktor: Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg.**
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. **H. Dürrenmatt.**

A. Allgemeines.

I.

Die Finanzdirektion hat im Januar 1941 in einem Bericht über die Finanzlage des Kantons Aufschluss erteilt. In einem neuen Bericht, der im Laufe dieses Jahres dem Grossen Rat unterbreitet wird, werden die Veränderungen, die im Laufe des Jahres 1941 und zu Beginn des Jahres 1942 eingetreten sind, behandelt und die sich aus diesen Änderungen ergebenden Vorschläge den zuständigen Behörden unterbreitet werden. Es erübrigt sich daher, im Geschäftsbericht zu der finanziellen Lage des Kantons näher Stellung zu nehmen.

II.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1941 schliesst mit einem Einnahmenüberschuss der Betriebsrechnung von Fr. 719,410.93 ab. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um Fr. 1,579,707.09. An dieser Besserstellung sind in der Hauptsache beteiligt durch Mehreinnahmen: die direkten Steuern, der kantonale Anteil an den eidgenössischen Steuern, die kantonale Krisenabgabe I.—IV. Periode, die Eisenbahnobligationen und die Staatswaldungen; durch Minderungen: die Volkswirtschaft durch den weiteren Rückgang der Staatsbeiträge an die Arbeitslosenversicherungskassen und Krisenunterstützungen, das Armen-

wesen infolge Verbesserung der Wirtschaftslage und durch die Leistungen der Wehrmannsausgleichskasse.

Das Staatsvermögen vermehrte sich um Franken 719,410.93 und beträgt Ende Dezember 1941 Fr. 22,264,380.05.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei näheren Aufschluss.

III.

Der *wichtigste gesetzgeberische Erlass* des Jahres ist das *Gesetz über die kantonale Wehrsteuer*, das im Jahre 1941 fertig beraten worden ist. Das Volk hat im Januar 1942 der Vorlage zugestimmt. Das *Gesetz über die Kantonalbank* wurde in der Kommission und im Grossen Rat behandelt.

Mit Personal- und Besoldungsfragen befasste sich das Dekret über Gewährung von Teuerungszulagen im Jahre 1941 vom 12. Mai 1941, das Regulativ vom 6. Juni 1941 über Reiseentschädigungen (Aufhebung des Abbaues), die Abänderung der Verordnungen I und II betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder von Kommissionen vom 14. November 1941 und die Abänderung der Verordnung über Besoldungsabzüge des Staatspersonals während des Aktivdienstes vom 19. November 1941.

Das Verfahren bei der Veranlagung und in Beschwerdesachen für eidgenössische Abgaben regelten die Verordnungen vom 17. Juni 1941 betreffend die Erhebung der Wehrsteuer und die Verordnung vom 24. Oktober betreffend die Erhebung des Wehropfers.

Ein Kreisschreiben vom 22. Juli 1941 ordnete Vereinfachungen im Darlehensgeschäft der Hypothekarkasse.

IV.

Die Finanzdirektion hat nach § 57 der Geschäftsordnung für den Grossen Rat vom 12. November 1940 über folgende *Motionen* und *Postulate* zu berichten:

1. Motion Burren betreffend Gründung einer Bürgerschaftsgenossenschaft und Einführung einer Hypothekenversicherung. Die Finanzdirektion hat schon vor Einreichung der Motion von sich aus Vorarbeiten in dieser Richtung durchgeführt, so dass im Jahre 1942 die vom Regierungsrat am 17. Oktober 1941 beschlossene Stiftung «Bernische Bauernhilfe», welche allen in der Motion enthaltenen Begehren Rechnung trägt, errichtet werden kann.

2. Motion Wälti betreffend Liegenschaftsgewinnsteuer (Abänderung von § 30 a des Einkommenssteuerdekretes). Das Verwaltungsgericht hat im Sinne der Motion entschieden, so dass sie erledigt ist.

3. Motion, nun Postulat Gfeller betreffend Besteuerung von land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden (Anwendung von Art. 7 Steuergesetz). Das in der Motion gestellte Begehren wird im Zusammenhang mit der Gesamtrevision des Steuergesetzes behandelt werden.

4. Motion Raaflaub betreffend Gesamtrevision des Steuergesetzes. Die Finanzdirektion arbeitet intensiv an einem Steuergesetzentwurf.

5. Die Motion Vuille betreffend Darlehen der bernischen Kreditkasse an Gemeinden ist in Prüfung.

6. Motion Périnat betreffend Darlehensgewährung zu niedrigem Zinsfuss an junge Leute zur Gründung eines eigenen Hausstandes. In bestimmtem Masse ist die Motion bereits erfüllt; weitere Lösungen werden durch die Kantonalbank geprüft.

7. Das Postulat Flückiger betreffend Errichtung von Inventaren wird durch die Justizdirektion geprüft.

8. Postulat *Weber* betreffend Abnahme der Zuckerrübenerte durch die Zuckerfabrik Aarberg. Die Angelegenheit wurde mit der Zuckerfabrik Aarberg, die alles tut, um den Begehren der Landwirtschaft nachzukommen, besprochen.

V.

Jahresbericht und Jahresrechnung der Kreditkasse werden dem Grossen Rat direkt vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an.

Es gingen sechs Darlehensgesuche ein. Vier Darlehen von total Fr. 42,400 wurden bewilligt, drei davon ausbezahlt im Gesamtbetrag von Fr. 23,200 (1940: 86,000; 1939: 379,600). Die Rückzahlungen und Amortisationen betragen Fr. 411,981.80. Vier Darlehen wurden vollständig abbezahlt. Der Bestand der Darlehen ist von Fr. 6,214,772.20 Ende 1940 auf Fr. 5,825,990.40 Ende 1941 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 40,301.75 wurde dem Reservefonds überwiesen, der damit auf Fr. 226,953.85 steigt.

Das Vermögen des Gemeindeunterstützungsfonds beträgt auf Ende 1941 Fr. 1,911,234.40. Ab 1. Januar 1942 stehen dem Fonds jährliche Zuwendungen aus dem Ertrag der kantonalen Wehrsteuer zu.

B. Verwaltung.

I. Direktionsbureau.

Wie in den Jahren 1939 und 1940 vertrat auch im Berichtsjahr Fürsprecher Rudolf Kellerhals, Präsident der kantonalen Rekurskommission, die beiden Sekretäre während deren Abwesenheit im Militärdienst. Die Militärdienstabwesenheit der Sekretäre war jedoch gegenüber dem Jahr 1940 bedeutend geringer. Fürsprecher Kellerhals war bei dieser Stellvertretung ebenfalls wieder durch Notar Hans Luder, Sekretär der kantonalen Rekurskommission, unterstützt.

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1941 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern):

Nachlassgesuche in Steuersachen 7783 (7256); Eliminationsverfügungen in Steuersachen 4494 (1916); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2235 (2039); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 1300 (1414), wobei in 106 Fällen (53) ein Inventar angeordnet wurde, während in den übrigen Fällen darauf verzichtet werden konnte.

An Bezugs- und Zahlungsanweisungen wurden durch die Direktion kontrolliert und vom Direktor, den Sekretären und dem Finanzinspektor unterzeichnet 10,037 (10,103).

II. Kantonsbuchhalterei.

Personelles.

Im Bestande des Personals der Kantonsbuchhalterei trat im Jahre 1941 keine Veränderung ein.

Amtsschaffnerien. Nach 33jähriger gewissenhafter Tätigkeit und Erreichung der Altersgrenze wurde Fritz Moser, Amtsschreiber und Amtsschaffner in Trachselwald, pensioniert. An seine Stelle wurde mit Amtsantritt auf 1. Dezember 1941 gewählt Notar Hans Mäder.

Visa und Rechnungsführung.

Die Anzahl der geprüften und visierten Einzel- und Kollektivanweisungen der Direktionen betrug 62,615 (59,973). Auf die Betriebsrechnung entfallen 39,125 (38,196) Anweisungen und 23,490 (21,777) auf die Vermögensrechnung. Die Bezugsanweisungen erreichten im Total eine Summe von Fr. 680,557,374.61 (Fr. 591,166,951.17) und die Zahlungsanweisungen eine solche von Fr. 718,807,381.64 (Fr. 536,341,840.46). Zum Vollzug durch die Amtsschaffnerien wurden aufgegeben Bezugsanweisungen im Betrage von Franken 70,726,718.76 (Fr. 142,510,365.66) und Zahlungsanweisungen von Fr. 108,976,725.79 (Fr. 87,685,251.95). Für gegenseitige Buchungen und Abrechnungen mit Dritten ohne Geldbewegung ergeben die dafür ausgestellten Anweisungen einen Gesamtbetrag von Franken 609,830,655.85 (Fr. 448,656,588.51). Wesentliche Beanstandungen des Visums und der Rechnungsführung und -legung bei der Zentralverwaltung und den Spezialverwaltungen sind nicht zu verzeichnen.

Allgemeine Kassen.

Die Abwicklung über die den Amtsschaffnerien zum Vollzug aufgegebenen Bezugs- und Zahlungsanweisungen gestaltete sich wie folgt:

Bezugsanweisungen (Aktivausstände).

Ausstände vom Vorjahr	Fr. 59,142,266.53
Neue Bezugsanweisungen in 1941	» 70,726,718.76
Zusammen zu liquidieren	<u>Fr. 129,868,985.29</u>
Einnahmen in 1941	Fr. 103,993,870.73
Ausstand am Ende des Jahres .	» 25,875,114.56
Zusammen, wie oben	<u>Fr. 129,868,985.29</u>

Zahlungsanweisungen (Passivausstände).

Unvollzogene auf Ende 1940 . .	Fr. 4,983,581.49
Neue Zahlungsanweisungen in 1941	» 108,976,725.79
Zusammen zu liquidieren	<u>Fr. 113,960,307.28</u>

Auszahlungen in 1941.	Fr. 110,834,356.84
Unvollzogene auf Ende des Jahres	» 3,125,950.44
Zusammen, wie oben	<u>Fr. 113,960,307.28</u>

Die starke Abnahme der Aktivausstände um Fr. 33,267,151.97 ist auf die Liquidation des eidgenössischen Wehroppers I. und II. Rate zurückzuführen.

Auf Ende des Jahres erreichten die Ausstände der direkten Steuern die Summe von Fr. 12,919,870.40, wovon Fr. 7,007,986.87 auf die Amtsschaffnerien und Fr. 5,919,870.40 auf die Gemeinde Bern entfallen. Der Zunahme der Gesamtsteuerausstände um Franken 1,331,642.06 gegenüber dem Vorjahr steht eine Zunahme der Bezugssummen der direkten Steuern von Fr. 4,492,786.04 gegenüber.

Durch die Kantonbank und ihre Zweiganstalten sind für Rechnung der Staatskasse Zahlungen ausgeführt worden im Gesamtbetrag von Fr. 26,664,804.51, durch das Postcheckamt von Fr. 58,050,155.21.

Bilanz des Staatsvermögens.

Im Bestande des Staatsvermögens sind folgende Veränderungen eingetreten:

Soll (Vermehrungen).

A. Aktivvermögen.

<i>I. Kapitalvermögen.</i>	
<i>Forsten</i> , Ankäufe und Schätzungserhöhungen	Fr. 22,840.—
<i>Domänen</i> , Ankäufe und Schätzungserhöhungen	» 709,859.60
<i>Domänenkasse</i> , neue Guthaben von Wald- und Domänenverkäufen	» 380,510.90
<i>Privatrechtliche Vermögenswerte staatshoheitlicher Herkunft</i> . . .	» —.—
<i>Hypothekerkasse</i> , Dotationskapital	» —.—
<i>Kantonbank</i> , Dotationskapital .	» —.—
<i>Eisenbahnanlagen:</i>	
a) <i>Wertschriften</i> , Zuwachs und Kursgewinne	» 911,910.—
b) <i>Vorschüsse</i> , neue Forderungen	» 1,693,293.80
c) <i>Eisenbahn-Amortisationsfonds</i> , Abschreibungen . . .	» 36,800.—
<i>Beteiligungen und Wertschriften</i> , Zuwachs und Kursgewinne . .	» 108,525.—

II. Betriebsvermögen.

<i>Kassen</i> , Einnahmen.	» 103,993,870.73
<i>Aktivausstände</i> , neue Bezugsanweisungen	» 70,726,718.76
<i>Passivausstände</i> , Abzahlungen . .	» 110,834,356.84
Übertrag	<u>Fr. 289,418,685.63</u>

Übertrag	Fr. 289,418,685.65
Kontokorrente, neue Forderungen und Rückzahlungen von Schulden	» 492,547,532.72
Mobilien-Inventar, Vermehrungen	» 213,381.25
<i>III. Zweckgebundenes Staatsvermögen.</i>	
Fonds Nr. 1 —	» —.—
B. Verbindlichkeiten.	
Anleihen, Rückzahlungen	» 34,392,000.—
Vorübergehende Geldaufnahmen, Rückzahlungen	» 810,000.—
<i>Summe der Vermehrungen</i>	<u>Fr. 817,381,599.60</u>

Haben (Verminderungen).**A. Aktivvermögen.***I. Kapitalvermögen.*

Forsten, Verkäufe und Schatzungsreduktionen	Fr. 32,420.—
Domänen, Verkäufe und Schatzungsreduktionen	» 190,084.60
Domänenkasse, neue Schulden von Wald- und Domänenankäufen	» 618,125.75
Privatrechtliche Vermögenswerte staatshoheitlicher Herkunft	» —.—
Hypothekarkasse, Dotationskapital	» —.—
Kantonalbank, Dotationskapital	» —.—
<i>Eisenbahnanlagen:</i>	
a) Wertschriften, Rückzahlungen und Abschreibungen	» 256,200.35
b) Vorschüsse, Rückzahlungen und Abschreibungen	» 523,515.95
c) Eisenbahn-Amortisationsfonds, Einlagen	» 2,921,814.20
Beteiligungen und Wertschriften, Rückzahlungen	» 541,000.—

II. Betriebsvermögen.

Kassen, Ausgaben	» 110,834,356.84
Aktivausstände, Eingänge	» 103,993,870.73
Passivausstände, neue Zahlungsanweisungen	» 108,976,725.79
Kontokorrente, neue Depots und Vorschussrückzahlungen	» 456,752,178.94
Mobilien-Inventar, Verminderungen	» 21,895.52

III. Zweckgebundenes Staatsvermögen.

Fonds Nr. 1 —	» —.—
---------------	-------

B. Verbindlichkeiten.

Anleihen, Neuaufnahmen	» 31,000,000.—
Vorübergehende Geldaufnahmen, Neuaufnahmen	» —.—
<i>Summe der Verminderungen</i>	<u>Fr. 816,662,188.67</u>

Reine Vermehrung	Fr. 719,410.93
Reinvermögen am Anfang des Jahres	» 21,544,969.12
Reinvermögen am Ende des Jahres	<u>Fr. 22,264,380.05</u>

das wie folgt ausgewiesen wird:

Aktiven.

Forsten	Fr. 26,390,631.—
Domänen	» 85,232,170.—
Domänenkasse	» 1,022,384.55
Hypothekarkasse	» 30,000,000.—
Kantonalbank	» 40,000,000.—
<i>Eisenbahnanlagen:</i>	
a) Wertschriften	» 101,715,391.45
b) Vorschüsse	» 34,904,681.26
Beteiligungen und Wertschriften	» 54,393,187.25
Kassen	» 4,260,595.47
Aktivausstände	» 25,875,114.56
Kontokorrente	» 77,570,625.67
Mobilien-Inventar	» 12,818,365.38
<i>Summe der Aktiven</i>	<u>Fr. 494,183,146.59</u>

Passiven.

Domänenkasse	Fr. 4,729,625.50
Eisenbahn-Amortisationsfonds	» 35,718,096.94
Kassen	» 8,942.41
Passivausstände	» 3,125,950.44
Konto-Korrente	» 102,486,151.25
Anleihen	» 291,230,000.—
Vorübergehende Geldaufnahmen	» 34,620,000.—
<i>Summe der Passiven</i>	<u>Fr. 471,918,766.54</u>

Reinvermögen, wie hievore	<u>Fr. 22,264,380.05</u>
---------------------------	--------------------------

Gegenüber dem Vorjahr haben die Aktiven um Fr. 38,524,105.40 und die Passiven um Fr. 39,243,516.33 abgenommen. An dieser Abnahme sind zur Hauptsache beteiligt: die Kassen der Amtsschaffnerie mit Fr. 6,890,748.45 und die Aktivausstände mit Franken 33,267,151.97 infolge der Liquidation der I. und II. Rate des eidgenössischen Wehroppers.

An der Abnahme der Passiven sind beteiligt: die Kontokorrente mit Fr. 36,247,382.09 durch Ablieferungen an die eidgenössische Staatskasse aus dem durch den Eingang des Wehroppers bei der Kantonalbank errichteten Spezialkonto, die Anleihen mit Fr. 3,392,000 und die vorübergehenden Geldaufnahmen mit Franken 810,000 infolge Rückzahlungen. Eine wesentliche Zunahme weist auf der Eisenbahn-Amortisationsfonds durch Einlagen von Fr. 2,885,014.20.

Der Kontokorrentschuld bei der Kantonalbank von Fr. 1,205,307.57 und bei der Hypothekarkasse von Fr. 3,696,168.02 stehen gegenüber Aktivsaldo bei verschiedenen Spezialkonten auf der Kantonalbank von Fr. 11,916,416.19, sowie Ausstände von Fr. 12,919,870.40 an direkten Steuern, Fr. 3,009,358.55 inzwischen eingegangene Kantonsanteile an Bundeseinnahmen und Fr. 2,342,268.50 Dividende B. K. W.

Der Steuerreserve sind Fr. 1,903,071.27 zugewiesen, dagegen Fr. 1,598,399.51 zur Abschreibung unerhältlicher Steuern entnommen worden. Sie hat somit einen Zuwachs von Fr. 304,671.76 erfahren, und ihr Stand erreicht auf 31. Dezember 1940 Fr. 2,465,324.44.

Betriebsrechnung.

Es betragen	
die <i>Bruttoausgaben</i>	Fr. 183,710,518.97
die <i>Bruttoeinnahmen</i>	» 184,429,929.90
<i>Überschuss der Einnahmen</i>	<u>Fr. 719,410.93</u>

oder, wenn bloss die reinen Ergebnisse der einzelnen Verwaltungszweige berücksichtigt werden:

die <i>Reinausgaben</i>	Fr. 69,765,315.—
die <i>Reineinnahmen</i>	» 70,484,725.93
<i>Überschuss der Einnahmen</i>	<u>Fr. 719,410.93</u>

Veranschlagt waren

die <i>Reinausgaben</i>	Fr. 71,391,399.—
die <i>Reineinnahmen</i>	» 68,024,319.—
so dass sich ein <i>Überschuss der Ausgaben</i> ergab	<u>Fr. 3,367,080.—</u>

Diesen Berechnungen gegenüber sind die *Einnahmen höher* um Fr. 2,460,406.93
Ausgaben niedriger um » 1,626,084.—
 so dass die Rechnung um Fr. 4,086,490.93
günstiger abschliesst als der Voranschlag.

Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres haben die *Ausgaben abgenommen* um Fr. 2,643,404.97
 und die *Einnahmen abgenommen* um » 1,063,697.88
 Die Rechnung für 1941 schliesst deshalb um Fr. 1,579,707.09

günstiger ab als diejenige für 1940.

Die hauptsächlichsten Abweichungen der Rechnung 1941 gegenüber dem Vorjahr sind folgende:

Mehreinnahmen.

Gebühren	Fr. 747,204.72
Stempelsteuer	» 538,168.19
Staatswaldungen	» 523,057.65
Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols	» 137,754.80
Bussen und Konfiskationen	» 100,487.82

Mindereinnahmen.

Unvorhergesehenes	Fr. 1,721,089.36
Direkte Steuern	» 1,030,041.36
Staatskasse	» 269,786.90
Salzhandlung	» 72,507.50

Mehrausgaben.

Anleihen	Fr. 677,475.22
Erziehungswesen	» 293,225.31
Bauwesen	» 144,618.02
Gerichtsverwaltung	» 133,426.73
Finanzwesen	» 117,332.49

Minderausgaben.

Militärwesen	Fr. 2,778,288.75
Volkswirtschaft	» 736,463.80
Armenwesen	» 576,895.90
Domänenkasse	» 71,096.20

Gegenüber dem Voranschlag sind folgende grössere Unterschiede zu verzeichnen:

Mehreinnahmen.

Gebühren	Fr. 1,226,496.65
Stempelsteuer	» 649,106.03
Erbschafts- und Schenkungssteuer	» 641,650.63
Staatswaldungen	» 617,691.43
Direkte Steuern	» 370,654.95
Staatskasse	» 180,176.51
Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols	» 137,755.—
Salzhandlung	» 124,037.25

Mindereinnahmen.

Unvorhergesehenes	Fr. 1,615,477.96
-----------------------------	------------------

Mehrausgaben.

Bauwesen	Fr. 336,053.24
Erziehungswesen	» 278,163.30
Finanzwesen	» 75,664.55
Militärwesen	» 70,868.87

Minderausgaben.

Armenwesen	Fr. 1,178,154.85
Volkswirtschaft	» 1,015,170.58
Polizei	» 123,278.12
Gerichtsverwaltung	» 64,371.10
Kirchenwesen	» 49,691.05

Infolge von Reservestellungen und Amortisationen weisen einige Rubriken in Wirklichkeit folgende Verbesserungen auf:

Polizei Fr. 250,000 durch Einlage auf die Reservestellung Mobilmachungskonto aus dem Betriebsergebnis von Witzwil.

Staatskasse Fr. 2,159,752.20 infolge des *Mehrertrages der Eisenbahnobligationen*, der wie folgt verwendet wurde: Fr. 800,000 Einlage auf Mobilmachungskonto, Fr. 850,000 für die im Budget nicht vorgesehene Verzinsung der Garantieverpflichtung Kantonbank von 2½ % auf Fr. 34,000,000 und Fr. 509,752.20 Amortisation des Vorschusskontos Bund, Zinsengarantie I. Hypothek.

Militärsteuern Fr. 600,000 durch Einlage auf Mobilmachungskonto.

Direkte Steuern Fr. 6,000,000 durch Einlage auf Mobilmachungskonto, wodurch die Mehreinnahmen betragen gegenüber dem Voranschlag Fr. 6,370,654.95 und gegenüber der Rechnung des Vorjahres Franken 4,969,958.64 statt der hievorigen angegebenen Mindereinnahme von Fr. 1,030,041.36.

Unvorhergesehenes Fr. 6,032,714.34 infolge des Mehrertrages der eidgenössischen und kantonalen Krisenabgabe, einschliesslich Restanzen, der Wehrsteuer I. Periode, des Wehropfers und der eidgenössischen

Kriegsgewinnsteuer. Die Verwendung war folgende: Amortisation auf Mobilisationskonto Fr. 2,076,850.40, Einlage auf Mobilmachungskonto Fr. 2,831,288.29, im Budget nicht vorgesehene Teuerungszulagen Franken 1,124,575.65. Es ergeben sich daher Mehrerträge gegenüber dem Budget von Fr. 4,417,236.38 und gegenüber der Rechnung des Vorjahres von Fr. 4,311,624.98, statt der durch die Staatsrechnung ausgewiesenen Mindererträge wie hievor.

Weitere beträchtliche Rückgänge weisen auf der Kantonsbeitrag an die Arbeitslosenversicherungskassen von Fr. 754,617.25 in 1940 auf Fr. 260,993.16 in 1941 und die Krisenunterstützungen von Fr. 138,600.88 in 1940 auf Fr. 32,721.15 in 1941.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates.

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzgesetzes vom 3. Juli 1938.)

1. **Hypothekarkasse**, § 31 des Gesetzes über die Hypothekarkasse vom 18. Juli 1875. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. **Kantonalbank**, § 3 des Gesetzes über die Kantonalbank vom 1. Mai 1898. Der Staat haftet für sämtliche Verpflichtungen der Bank. Aus dieser Garantie ist dem Staate Bern eine Schuldverpflichtung von Fr. 49,220,842.50 gegenüber der Kantonalbank, anlässlich ihrer Sanierung im Jahre 1939, erwachsen.
3. **Berner Alpenbahn-Gesellschaft.**
 - a) *Zinsengarantie B. L. S. Hypothekaranleihen II. Ranges Fr. 42,000,000.* § 1 des Dekretes vom 17. September 1912. Für den Zins des von der Berner Alpenbahn-Gesellschaft unterm 10. Juli 1912 aufgenommenen 4 %-Hypothekaranlehens II. Ranges von 42 Millionen Franken wird bis zur vollständigen Rückzahlung der Obligationen die Staatsgarantie ausgesprochen.
 - b) *Zinsengarantie von den im Besitz des Bundes sich befindlichen Obligationen I. Hypothek von Fr. 12,553,000.* Vereinbarung zwischen Bund, Kanton und B. L. S. vom 18. November 1921, Art. 3, Absatz 2. Der Kanton Bern überträgt für die von ihm an Zahlungsstatt übernommenen Obligationen II. Hypothek Frutigen-Brig die darauf bestehende Garantie des Staates für eine Verzinsung von 4 % auf einen Kapitalbetrag von Fr. 12,553,000 von im Besitz des Bundes verbleibenden Obligationen I. Hypothek Frutigen-Brig.
 - c) *Bürgschaftsverpflichtung für den Bahnhofumbau Interlaken-West Fr. 300,000.* Grossratsbeschlüsse vom 22. September 1919, 18. September 1929 und 2. Oktober 1939. Übernahme der Bürgschaftsverpflichtung gegenüber dem Bund für die Fr. 300,000 ausmachende Hälfte des der B. L. S. vom Bunde auf Grund eines Vertrages vom 4./15. Juli 1919 für den Umbau des Bahnhofes Interlaken-West gewährten Darlehens im Gesamtbetrage von Fr. 600,000.
4. **Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.** Dekret vom 9. November 1920.

a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.

b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4 % des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.

5. **Bernische Kreditkasse.** Gesetz vom 19. Oktober 1924. Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.

6. **Darlehen des Bundes an notleidende Landwirte, Aktion A und B pro 1928. Fr. 3,505,264.**

Bundesbeschluss vom 28. September 1928.

Grossratsbeschluss vom 17. Dezember 1928.

a) Die Kantone haben diese Darlehen dem Bunde mit 2 % zu verzinsen. Sie sind verpflichtet, diese Vorschüsse an notleidende Landwirte zinslos zur Verfügung zu stellen.

b) Allfällige Verluste auf diesen Kapitalvorschüssen sind vom Bunde und von den Kantonen zu gleichen Teilen zu tragen. Sofern von den Kantonen die Gemeinden zur Deckung von Verlusten herangezogen werden, sollen diese höchstens mit einem Viertel belastet werden.

7. **Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.**

a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1,000,000.

b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1,000,000.

Spezialrechnungen.

A. **Arbeitsbeschaffungskredit 1937/39 von Fr. 9,000,000.**

(Volksbeschluss vom 11. April 1937.)

I. *Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1941.*

Einnahmen.

Ertrag der Arbeitslosensteuer pro 1937/41	Fr. 6,048,597.10
Kontokorrentzinse der Kantonalbank »	17,034.65
Total Einnahmen	Fr. 6,065,631.75

Ausgaben.

Kantonales Arbeitsamt, Zahlungen für diverse Arbeiten pro 1937/41	Fr. 3,878,798.05
Kantonale Baudirektion für diverse Zahlungen pro 1937/41:	
a) Niveauübergänge und Ausbesserung von Alpenstrassen	» 800,000.—
b) Werkprojektierung	» 20,000.—
c) Renovation Postgasse 68/72	» 100,000.—
d) Sustenstrasse, Neubau	» 1,500,000.—
e) Staatsarchiv, Neubau	» 500,000.—
Kantonale Militärdirektion für Zahlungen pro 1937/41:	
a) Staatseigene Luftschutzbauten »	455,181.15
b) Beiträge an Gemeinden für Luftschutz	» 279,087.05
Übertrag	Fr. 7,533,066.25

Übertrag	Fr. 7,533,066.25
Kantonalbank, Zinsen für Schatzanweisungen	» 305,000.—
Kantonalbank, Spesen und Postgebühren	» 2,726.50
<i>Total Ausgaben</i>	<u>Fr. 7,840,792.75</u>
<i>Überschuss der Ausgaben</i>	<u>Fr. 1,775,161.—</u>

II. Bilanz per 31. Dezember 1941.

Aktiven:

Kantonalbank, Kontokorrent . . .	Fr. 1,224,339.—
Zinsloses Darlehen an Oberländer Heimatwerk	» 500.—
Darlehen an die Wasserversorgung der Freiberge	» 500,000.—
<i>Total der Aktiven</i>	<u>Fr. 1,724,839.—</u>

Passiven:

Kantonalbank, Schatzanweisungen	Fr. 3,500,000.—
---------------------------------	-----------------

<i>Schuldenüberschuss per 31. Dezember 1941</i>	<u>Fr. 1,775,161.—</u>
---	------------------------

B. Ausbau der Fremdenverkehrsstrassen.

(Volksbeschluss vom 8. Mai 1938.)

I. Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1941.

Einnahmen.

Bundesbeitrag	Fr. 1,000,000.—
Vergütung der Baudirektion aus Auto- steuern:	
a) für Mehrarbeiten	» 198,700.—
b) für Amortisation	» 200,000.—
<i>Total Einnahmen</i>	<u>Fr. 1,398,700.—</u>

Ausgaben.

Baudirektion, geleistete Zahlungen für:	
Art. 1. Grimselstrasse, Oberflächen- behandlung	Fr. 280,000.—
» 2. Lütschentalstrassen, II. Etappe	» 447,572.05
» 3. Spiez-Frutigen, Ausbau . .	» 708,100.35
Übertrag	<u>Fr. 1,435,672.40</u>

Übertrag	Fr. 1,435,672.40
Art. 4. Zweisimmen-Lenk	» 138,436.30
» 5. Saanen-Gstaad-Gsteig	» 60,401.40
» 6. Murgenthal-Bern	» 973,592.30
» 7. Bern-Thun	» 414,927.18
» 8. Riedwil-Dorfdurchfahrt . .	» 26,014.60
» 9. Oberdiessbach-Dessigkofen und Walkringen	» 104,762.35
Kantonalbank, Zinsen und Spesen .	» 45,447.47
<i>Total der Ausgaben</i>	<u>Fr. 3,199,254.—</u>

<i>Überschuss der Ausgaben</i>	<u>Fr. 1,800,554.—</u>
--------------------------------	------------------------

II. Bilanz per 31. Dezember 1941.

Aktiven:

Kantonalbank, Kontokorrent . . .	Fr. —.—
----------------------------------	---------

Passiven:

Kantonalbank, Schatzanweisungen	» 1,800,000.—
» Konto-Korrent	» 554.—
<i>Passivenüberschuss</i>	<u>Fr. 1,800,554.—</u>

C. Verlegung der Staatsstrasse bei Court.

(Volksbeschluss vom 20. Februar 1938.)

I. Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1941.

Einnahmen.

Kantonalbank, Zinsen	Fr. —.—
--------------------------------	---------

Ausgaben.

Baudirektion, Zahlungen für Bau- arbeiten	Fr. 430,000.—
Kantonalbank, Zinsen und Spesen .	» 10,989.—
<i>Überschuss der Ausgaben</i>	<u>Fr. 440,989.—</u>

II. Bilanz per 31. Dezember 1941.

Aktiven:

Kantonalbank, Kontokorrent . . .	Fr. —.—
----------------------------------	---------

Passiven:

Kantonalbank, Schatzanweisungen	» 430,000.—
» Kontokorrent	» 10,989.—
<i>Passivenüberschuss</i>	<u>Fr. 440,989.—</u>

III. Finanzinspektorat.

Entsprechend den Vorschriften wurden im Berichtsjahr sämtliche Amtsschaffnereien und Staatsanstalten wenigstens einmal unangemeldet kontrolliert. Dagegen war es mit Rücksicht auf die Auswirkungen der Mobilisation neuerdings nicht möglich, im abgelaufenen Jahre alle vorgesehenen Inspektionen bei den zahlreichen Kassastellen der Justizverwaltung und der verschiedenen Direktionen durchzuführen. Wir werden jedoch danach trachten, diese Kontrollen im ersten Halbjahr 1942 nachzuholen. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die uns unterstellten Kassastellen und die im Berichtsjahr durchgeführten Revisionen:

	Zahl der	
	Kassastellen	Inspektionen
Amtsschaffnereien	30	35
Staatsanstalten	34	35
Justizverwaltung:		
Obergerichtskanzlei	4	4
Verwaltungsgericht		
Handelsgericht		
Versicherungsgericht		
Betreibungs- und Konkursämter	31	22
Gerichtsschreibereien,		
Richterämter	37	14
Regierungsstatthalterämter	30	24
Grundbuchämter	30	30
Kassastellen verschiedener		
Direktionen	42	34
Zusammen	238	198

Sektionschefs.

Unterm 25. März 1941 verfügte der Regierungsrat, dass nur noch diejenigen Sektionschefs als Kassastellen im Sinne des Art. 24 des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 3. Juli 1938 zu gelten haben, deren jährlicher Steuerbezug Fr. 5000 übersteigt. Die Militärsteuerverwaltung stellte die entsprechenden Verzeichnisse zusammen. Im Jahre 1941 sind nahezu alle als Kassastelle in Frage kommenden Ämter durch die Revisoren der Militärsteuerverwaltung inspiziert worden.

Kantonale Wehrmannsausgleichskasse.

Diese Institution hat sich im Jahre 1941 beträchtlich weiterentwickelt. Unsere Kontrollarbeit beschränkte sich auf die Überprüfung der Buchhaltung der kantonalen Zentralstelle. Die vielen Zweigstellen im ganzen Kantonsgebiet sind durch die Revisoren der Ausgleichskasse kontrolliert worden. Ihre Revisionsberichte wurden uns zur Kenntnisnahme übermittelt,

und wir leiteten sie unter Beifügung unserer Bemerkungen an den Zentralausgleichsfonds weiter.

Wie in andern Kantonen befindet sich auch unsere kantonale Wehrmannsausgleichskasse immer noch im Entwicklungsstadium. Es darf aber festgestellt werden, dass diese bedeutende und wichtige Organisation die ursprünglich vorhandenen grossen Schwierigkeiten weitgehend gemeistert hat und dass sie unseres Erachtens ihre Aufgabe nun in befriedigender Weise erfüllt.

Justizverwaltung: Kassa- und Buchführung.

Nach verschiedenen Unterhandlungen und Besprechungen genehmigte die Justizdirektion unsere Vorschläge über die Reorganisation des Kassa- und Buchführungswesens der Betreibungs- und Konkursämter, Regierungsstatthalterämter, Gerichtsschreibereien, Grundbuchämter und der im Obergerichtsgebäude untergebrachten Kassastellen (Obergerichtskanzlei, Handelsgericht, Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht). Wir haben überall, wo es möglich war, die neue Buchhaltung eingeführt. Diese Einführungsarbeiten gehen aber mit Rücksicht auf die periodischen Einberufungen zum Aktivdienst notgedrungen nur langsam vorwärts.

Kontrolle und Passation der monatlichen Abschlüsse der Amtsschaffnereien und Staatsanstalten.

Im grossen und ganzen konnten die Rechnungsablagen dieser Betriebe befriedigen; das gleiche kann von den internen Kontrollarbeiten gesagt werden.

Andere Kontrollarbeiten.

Wie in frühern Jahren wurden uns auch im Berichtsjahr von einzelnen Direktionen besondere Untersuchungen übertragen.

Personelles.

Die ständige Zunahme unserer Aufgaben führte im Oktober 1941 zur Anstellung eines weitem Angestellten in der Person des Ernst Zbinden. Unser Personalbestand setzt sich nun aus 5 Beamten und 6 Angestellten zusammen.

Besondere Vorkommnisse.

Im Berichtsjahr wurde ein schwerer Unterschlagungsfall aufgedeckt; gegen den fehlbaren Funktionär ist von der vorgesetzten Behörde Strafanzeige eingereicht worden. Im weitem sahen wir uns veranlasst, leichtere Fälle von Unkorrektheiten den vorgesetzten Direktionen zu melden. Einzelne dieser Fälle wurden erledigt, während andere noch hängig sind.

IV. Kantonalkasse.

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis.

Vom Reinertrag von 1940 wurden dem Staate laut dem letztjährigen Jahresbericht Fr. 1,600,000 zur Verfügung gestellt, welche Summe nach der regierungsrätlichen Genehmigung zur Ablieferung an den Staat gelangte.

Für das Jahr 1941 ergibt sich laut der Gewinn- und Verlustrechnung folgendes Erträgnis:

Ertrag an Zinsen, netto	Fr.	2,446,763.50
Kommissionen, netto	»	1,203,114.46
Ertrag des Wechselportefeuilles	»	1,233,053.83
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen	»	3,654,521.97
Ertrag der Liegenschaften	»	75,945.75
Verschiedenes	»	260,089.68
		Fr. 8,873,489.19

Wovon abgehen:

Verwaltungskosten	Fr.	4,698,540.52
Steuern und Abgaben	»	907,671.21

Verluste und Abschreibungen:

Verluste auf Wechseln	Fr.	4,767.90
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	74,887.28
Verluste auf Darlehen und Hypothekaranlagen	»	42,564.15
Abschreibungen auf Mobiliar	»	21,054.25
Abschreibungen auf Bankgebäuden	»	178,567.90
Abschreibungen auf andern Liegenschaften	»	43,996.90
Rückstellungen für besondere Risiken	»	314,064.30
	Fr.	679,902.68
Abzüglich Wiedereingänge	»	69,217.40
		» 610,685.28
		» 6,216,897.01
		Jahreserträgnis Fr. 2,656,592.18

das wir gemäss Art. 29 unseres Bankgesetzes wie folgt zu verwenden beantragen:

1. 4 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40,000,000.	Fr.	1,600,000.—
2. Zuweisung an den ordentlichen Reservefonds	»	100,000.—
3. an Generalreserve für Risiken	»	850,000.—
4. den Rest der Spezialreserve für Forderungen zuzuweisen.	»	106,592.18
		Fr. 2,656,592.18

V. Hypothekarkasse.

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertrag: Aktivzinse:	Darlehen auf Hypothek	Fr.	23,234,678.45
	Kanton (Domänenkasse)	»	134,997.90
	Gemeinden	»	410,407.60
	Flurgenossenschaften	»	8,769.10
	Bankendebitoren	»	174,553.34
	Ertrag der Provisionen	»	31,210.40
	Zinsertrag der Wertschriften	»	792,928.65
	Kursgewinne und Kommissionen	»	75.05
	Ertrag der Liegenschaften	»	24,951.43
	Summe des Rohertrages	Fr.	24,812,571.92
Kosten: Passivzinse:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr.	6,929,227.50
	8- und 10jährige Kassaobligationen	»	1,178,070.—
	Kassascheine und Obligationen	»	3,650,048.20
	Spareinlagen	»	2,798,932.62
	Spezialfonds	»	5,288,301.90
	Depositen in Kontokorrent	»	207,262.27
	Bankenkreditoren	»	10,821.60
	Kommissionen	»	28,064.80
	Bankbehörden und Personal	»	460,879.85
	Pensionskasse	»	34,289.10
	Geschäfts- und Bureaukosten	»	35,613.16
	Emissionskosten für feste Anleihen	»	459,667.80
	Steuern und Abgaben	»	2,210,316.95
	Verluste und Abschreibungen	»	21,019.50
	Zuweisung an Reservefonds	»	150,000.—
	Verzinsung des Stammkapitals	»	1,200,000.—
		»	24,662,515.25
	Ergibt einen Reinertrag von	Fr.	150,056.67

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 150,026.94 ergibt sich für das Jahr 1941 ein Mehrertrag von Fr. 29.73.

VI. Bernische Kraftwerke.

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1941 folgende Hauptposten auf:

Haben: Saldovortrag vom Jahre 1940		Fr.	31,390.15
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft	»	13,668,006.90
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft	»	292,599.95
	Ertrag der Beteiligungen	»	385,541.05
	Summa Rohertrag	Fr.	14,377,538.05
Soll:	Obligationenzinse	Fr.	1,804,964.55
	Steuern	»	2,144,934.50
	Abschreibungen	»	5,683,772.60
	Einlage in den Tilgungsfonds	»	647,312.15
	Einlage in den Erneuerungsfonds	»	550,000.—
		»	10,830,983.80
	Bleibt ein Reinertrag von	Fr.	3,546,554.25
Der Reinertrag wurde wie folgt verwendet:			
	Zuweisung an den Reservefonds	Fr.	400,000.—
	5 ¹ / ₂ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56,000,000	»	3,080,000.—
	Vortrag auf neue Rechnung	»	66,554.25
		Fr.	3,546,554.25

Durch die Knappheit an Kohlen und Holz, die eine Rationierung dieser Brennstoffe erforderte, machte sich eine aussergewöhnliche Steigerung des Bedarfes an elektrischer Energie geltend. Hinzu kam noch eine Verminderung der Produktion der eigenen Laufkraftwerke gegenüber dem Vorjahr, verursacht durch den trockenen und kalten Herbst und Winter, so dass sich schliesslich auch die Elektrizitätswerke mit Rücksicht auf die bestehende Energiemangel in der Abgabe von elektrischem Strom Einschränkungen auferlegen mussten. Dieser vermehrte Bedarf kommt im Energielieferungsgeschäft wie folgt zum Ausdruck: Der Absatz ist im Berichtsjahr auf 814,396,886 kWh gestiegen gegenüber einem Verbrauch von 791,640,966 kWh im Vorjahr, entsprechend weisen auch die Einnahmen von Fr. 25,746,147.85 auf Fr. 28,263,637.50 eine Erhöhung auf. Insbesondere mussten an die Industrie und die Landwirtschaft, an die Normalbahnen und an die verbundenen schweizerischen Elektrizitätswerke bedeutend grössere Energiemengen geliefert werden, während die Energielieferung an die ausländischen Elektrizitätswerke nach Möglichkeit reduziert wurde. Wie bereits erwähnt, ist die Produktion der erforderlichen Energie aus den eigenen Laufkraftwerken gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben. Sie betrug 449,497,300 kWh gegen 465,568,700 kWh im Vorjahr. Dieser Ausfall konnte aber durch Steigerung des Bezugs aus dem Kraftwerk Handeck der K. W. O. von 159,882,813 kWh auf 174,406,288 kWh teilweise ausgeglichen werden. Die Restanz wurde auf Grund von Energiebezugsverträgen aus fremden Elektrizitätswerken bezogen. Der Fremdenenergiebezug erreichte 190,493,298 kWh gegen 166,189,453 kWh im Vorjahr. Der Kostenaufwand für den Fremdstrombezug einschliesslich K. W. O. betrug Fr. 6,894,357.65 gegen 6,184,227.85 Franken im Vorjahr.

Im Installationsgeschäft betrug der Umsatz Franken 6,512,049.15 gegen Fr. 5,048,549.05 im Vorjahr, was ebenfalls auf den grossen Bedarf an elektrischer Energie zurückzuführen ist. Dem erhöhten Umsatz entsprechend ist der Bruttoertrag von Fr. 173,030.50 auf Fr. 292,599.95 gestiegen.

Die Anlagewerte der Kraftwerke sind von Franken 53,200,000 in 1940 auf Fr. 61,260,000 in 1941 gestiegen. Diese Vermehrung ist hauptsächlich auf den Ankauf des Kraftwerkes Bannwil der AG. Elektrizitätswerk Wangen zum Preise von Fr. 9,715,000 abzüglich Tilgungsfonds zurückzuführen. Der Tilgungsfonds dieses Werkes von Fr. 3,643,687.85 wurde demjenigen der Bernischen Kraftwerke AG. einverleibt, dagegen der Anlagewert des Kraftwerkes Bannwil um den gleichen Betrag aufgewertet.

Die Beteiligungen haben im Berichtsjahr von Fr. 27,584,280 um Fr. 18,055,700 auf Fr. 9,528,580 abgenommen. Diese Verminderung betrifft die Abtretung des grösseren Teils der Beteiligungen an die Bernische Kraftwerke AG. Beteiligungsgesellschaft, als Nachfolgerin der AG. Elektrizitätswerk Wangen. Der Gegenwert wurde durch Verrechnung des Kaufpreises für das Kraftwerk Bannwil und in einer Debitorenforderung von Fr. 9,988,587.75, die inzwischen aus den Mitteln einer Obligationenanleihe von Fr. 10,000,000 der Beteiligungsgesellschaft abgelöst wurde, getilgt. Im Besitze der Bernischen Kraftwerke verbleiben noch nom. Fr. 9,000,000 Aktien der Beteiligungsgesellschaft, Franken 1,020,000 Aktien der Aare- und Emmekanal AG. und Fr. 16,452 diverse Beteiligungen.

Infolge der starken Beanspruchung der Werke und Anlagen sowie des günstigen Jahresergebnisses sind die Abschreibungen von Fr. 4,192,446.10 im Vorjahr weiter auf Fr. 5,683,772.60 im Berichtsjahr gestiegen.

VII. Steuerwesen.

Herr Steuerverwalter Max Wyss hat auf 31. Dezember 1941, gezwungen durch seinen Gesundheitszustand, den Rücktritt erklärt. Er trat im Jahre 1906 in den bernischen Staatsdienst ein und wurde am 2. Oktober 1918, nach ausgezeichneter Arbeit als Sekretär der kantonalen Finanzdirektion, zum Steuerverwalter gewählt. Während 23 Jahren hat er dieses schwere Amt mit Sachlichkeit, aber auch mit klassischer Unbestechlichkeit und Unparteilichkeit und mit Verständnis für die Schwierigkeiten und Nöte der wirtschaftlich Schwachen verwaltet. Der Regierungsrat hat ihm bei seinem Rücktritt die besondere Anerkennung für seine Arbeit ausgesprochen und bei diesem Anlass auch auf die grossen Verdienste des Steuerverwalters und der ihm unterstellten Beamten und Angestellten, für deren Anliegen Herr Wyss stets ein grosses Verständnis hatte, an der Besserung der Staatsfinanzen hingewiesen.

A. Vermögenssteuer.

1. Grundsteuer.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag	Fr. 9,163,780.75	Fr. 9,019,374.73
Voranschlag	» 8,998,200.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 165,580.75	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 144,406.02	

Das rohe Grundsteuerkapital ist von Fr. 5,204,830,500 angestiegen auf Fr. 5,238,328,970; Vermehrung somit Fr. 33,496,470. Die Ursachen sind die gewohnten. Die steuerfreien Quoten nach Art. 5, Ziff. 4 und 5, Steuergesetz betragen Fr. 20,188,510; sie haben wieder etwas abgenommen, und zwar um Fr. 246,540. Die Summe der abgezogenen Schulden beläuft sich auf Fr. 2,354,464,670 und der Schuldenüberschuss auf Fr. 41,279,560. Der letztere hat um Fr. 2,853,970 abgenommen. Die Abnahme der abgezogenen Schulden beträgt Fr. 11,383,150. Das reine Grundsteuerkapital erreicht Fr. 2,863,675,790, die Vermehrung gegenüber dem Vorjahr Fr. 33,463,290. Die Abschreibungen wurden über die Abschreibungsreserve vorgenommen.

2. Kapitalsteuer.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag	Fr. 6,543,670.56	Fr. 6,597,339.76
Voranschlag	» 6,604,800.—	
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 61,129.44	
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 53,669.20	

Der Betrag der im Jahre 1941 zur Versteuerung angemeldeten Kapitalien und kapitalisierten Renten, Stand 31. Dezember 1940, war Fr. 2,044,895,964; Abnahme gegenüber dem Vorjahr Fr. 16,771,764. Die Abnahme des Reinertrages gegenüber dem Vorjahr rührt daher, dass auch hier die Abschreibungen nunmehr zu Lasten der Eliminationsreserve erfolgen und dass sehr viel Hypotheken zur Rückzahlung gelangten. Die Abwanderung der Hypotheken auf bernisches Grundeigentum hat in diesem Jahre neuerdings zugenommen. Der Mehrbetrag der abgezogenen Schulden und des Schuldenüberschusses über die zur Versteuerung angemeldeten Kapitalien betrug im Berichtsjahre rund 350 Millionen; Abnahme ca. 5 Millionen.

3. Nachbezüge.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag	Fr. 30,351.15	Fr. 35,204.51
Voranschlag	» 20,000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 10,351.15	
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 4,853.36	

Der Rückgang ist eine Folge der kantonalen Amnestie.

4. Holdingsteuer.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag	Fr. 9,384.—	Fr. 9,904.35
Voranschlag	» 8,000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 1,384.—	
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 520.35	

Der Rückgang ist eine Folge der Auflösung verschiedener Gesellschaften.

B. Einkommensteuer.

Die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen (ohne Liegenschaftsgewinnsteuer) betrug pro 1941 208,047 gegenüber 193,316 pro 1940. Das im Steueretat erscheinende Einkommen betrug: I. Klasse Fr. 451,956,300; II. Klasse Fr. 53,672,600.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag ohne Nachbezüge, aber einschliesslich Liegenschaftsgewinnsteuer	Fr. 26,268,687.24	Fr. 22,693,778.25
Voranschlag	» 21,665,800.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 4,602,887.24	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 3,574,908.99	

In die Abschreibungsreserve für unerhältliche Steuern wurden Fr. 1,600,000 eingelegt wie im Vorjahr. Aus früheren Rückstellungen verblieben auf Ende des Jahres noch Fr. 865,324.44, so dass Fr. 2,465,324.44 in das neue Jahr übertragen werden können. Pro 1941 wurden eliminiert Fr. 1,598,399.51 gegenüber Fr. 1,404,482.44 im Vorjahr.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag der Nachsteuerbezüge	Fr. 1,016,721.93	Fr. 840,596.55
Voranschlag	» 600,000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	<u>Fr. 416,721.93</u>	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	<u>Fr. 176,125.38</u>	

Die Steueramnestie kam nur zum Teil zur Auswirkung, weil im Berichtsjahr noch grössere Nachsteuerfälle zur Erledigung kamen, die vor Erlass der Amnestie aufgegriffen worden waren.

C. Steuerzuschlag.

	Ertrag pro 1941	Ertrag pro 1940
Reinertrag	Fr. 6,633,933.70	Fr. 5,649,633.28
Voranschlag	» 5,300,000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	<u>Fr. 1,333,933.70</u>	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	<u>Fr. 984,300.42</u>	

Die gesamten Taxations- und Bezugskosten ohne Bezugsprovisionen belaufen sich auf Fr. 944,241.98; sie haben gegenüber dem Vorjahr um Fr. 96,883.32 zugenommen. Die Verwaltungskosten, welche auf Fr. 400,619.97 zu stehen kamen, haben sich um Fr. 9035.26 vermindert.

Vom Nettoertrag der direkten Steuern entfällt ca. $\frac{1}{32}$ auf die Arbeitsbeschaffungssteuer.

D. Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Der Reinertrag pro 1941 beträgt Fr. 3,037,650.63; gegenüber dem Voranschlag ergibt sich ein Mehrwert von Fr. 641,650.63. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Minderertrag von Fr. 26,706.65.

Es wurden 2170 abgabepflichtige Erbschafts- und Schenkungssteuerfälle erledigt, gegenüber 2201 im Vorjahr.

Bussfälle gelangten 19, im Vorjahr 22, zur Erledigung. Nachtrags-Erbschaftssteuerfestsetzungen wurden 113 mit einer Abgabesumme von Fr. 50,618.25 erledigt, gegenüber 112 mit einem Abgabebetrag von Fr. 130,600.50 (inbegriffen ein einziger Fall von Fr. 99,671.55). Abgabefreie Fälle wurden 5437 behandelt, gegenüber 5330 im Vorjahr. An Gemeindeanteilen nach Massgabe des Art. 6 des Gesetzes vom 4. Mai 1879 und Art. 40 desjenigen vom 6. April 1919 wurden im Berichtsjahr Fr. 757,625.13 ausgerichtet. Abgabefälle mit je über Fr. 15,000 Abgabesumme kamen 42 mit einem Bruttoabgabebetrag von Fr. 1,889,973.10 zur Erledigung, gegenüber 42 mit Fr. 1,517,206 im Vorjahr. An Handänderungsgebühren kamen Fr. 226,727.23 gemäss Art. 12 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes vom 6. April 1919 zur Verrechnung, gegenüber Fr. 218,160.15 im Vorjahr.

E. Wasserrechtsabgaben.

Die Nettoeinnahmen betragen Fr. 326,197.05 gegen Fr. 317,964 im Vorjahr und Fr. 315,000 nach Voranschlag. An den Fonds für Unterstützung bei Beschädigungen oder drohenden Gefahren durch Naturereignisse wurde statt der budgetierten Fr. 31,500 ein Betrag von Fr. 32,619.70 überwiesen. Bei einer Budgetsumme von Fr. 283,500 betrug der Reinertrag zuhanden der laufenden Verwaltung Fr. 293,577.35 gegen Fr. 286,167.60 im Vorjahr.

F. Eidgenössische Krisenabgabe.

I. Periode (1934/35): Total Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 12,019,130.11. Anteil des Kantons ($\frac{2}{5}$) Fr. 4,807,652.10. Eingang im Jahre 1941 Fr. 7444.80. Anteil des Kantons Fr. 2977.92. Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 7687.06.

II. Periode (1936/37): Total Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 13,711,143.84. Anteil des Kantons ($\frac{2}{5}$) Fr. 5,484,457.53. Eingang im Jahre 1941 Fr. 173,148.26. Anteil des Kantons Fr. 69,259.30. Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 12,177.61.

III. Periode (1938/39): Total Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 14,563,454.96. Anteil des Kantons ($\frac{2}{5}$) Fr. 5,825,381.98. Eingang im Jahre 1941 Fr. 279,156.46. Anteil des Kantons Fr. 111,662.58. Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 285,449.23.

IV. Periode (1940): Eingang im Jahre 1941 Fr. 7,658,773.70 (die Eröffnungen fanden im Frühjahr 1941 statt); Anteil des Kantons ($\frac{2}{5}$) Fr. 3,063,509.48; Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 731,807.10.

G. Kantonale Krisenabgabe.

I. Periode (1935/36): Total Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 5,771,178.28. Eingang im Jahre 1941 Fr. 3046.15. Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 3125.16.

II. Periode (1937/38): Total Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 6,468,874.56. Eingang im Jahre 1941 Fr. 37,791.96. Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 10,594.96.

III. Periode (1939/40): Total Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 6,988,856.51. Eingang im Jahre 1941 Fr. 164,301.64. Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 132,640.32.

IV. Periode (1941): Eingang im Jahre 1941 Fr. 3,734,145.89 (die Eröffnungen fanden im Sommer 1941 statt). Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 90,559.26.

H. Eidgenössisches Wehropfer.

Eingang bis 31. Dezember 1941 Fr. 70,945,509.31; Anteil des Kantons (10 %) Fr. 7,094,550.93. Eingang im Jahre 1941 Fr. 30,789,506.84; Anteil des Kantons Fr. 3,078,950.68; Ausstand am 31. Dezember 1941 Fr. 23,311,284.64.

J. Eidgenössische Wehrsteuer.

I. Periode (1941/42): Die Eröffnungen werden erst im Sommer 1942 stattfinden.

K. Eidgenössische Kriegssteuer.

An Nachbezügen pro 1941 sind noch eingegangen Fr. 664. Der Eidgenossenschaft wurden Fr. 531.20 abgeliefert und dem Staat Fr. 132.80, womit auf Ende des Jahres die Rechnung ausgeglichen ist.

Weitere Kriegssteuern werden nicht mehr bezogen.

L. Stempelabgabe.

1. Kantonale Stempelsteuer.

	Voranschlag		Reinerträge	
	pro 1941	pro 1941	pro 1941	pro 1940
Stempelpapier	Fr. 100,000.—	Fr. 121,209.80	Fr. 104,493.25	
Stempelmarken	» 900,000.—	» 1,033,552.15	» 944,351.45	
Spielkartenstempel	» 50,000.—	» 60,630.—	» 66,846.10	
<i>Total Rohertrag</i>	<i>Fr. 1,050,000.—</i>	<i>Fr. 1,215,391.95</i>	<i>Fr. 1,115,690.80</i>	

Hievon gehen ab:

Ausgaben für Rohmaterial, Provisionen und Verwaltungskosten	» 96,960.—	» 94,290.94	» 90,166.45	
<i>Reinertrag</i>	<i>Fr. 953,040.—</i>	<i>Fr. 1,121,101.01</i>	<i>Fr. 1,025,524.35</i>	

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag Fr. 168,061.01

Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr Fr. 95,576.66

2. Eidgenössische Stempel- und Couponsteuer. Anteil des Kantons.

Anteil am Ertrag	Reinertrag pro 1941 Fr. 2,458,339.35	Reinertrag pro 1940 Fr. 2,050,375.90
Veranschlagt waren	» 2,030,060.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	<u>Fr. 428,339.35</u>	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	<u>Fr. 407,963.45</u>	

3. Kantonale Billetsteuer.

Rohrertrag	Fr.	234,650.17
Wovon abgehen:		
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft	Fr.	142,497.90
Druckkosten	»	146.60
		142,644.50
	<i>Reinertrag</i>	<u>Fr. 92,005.67</u>
Der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr beträgt	Fr.	<u>30,967.02</u>

Der Anteil des Kantons am Ertrag der *eidgenössischen* Stempelabgaben hat gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen. Das Ergebnis wurde günstig beeinflusst durch die vermehrte Emission von Obligationen und Aktien und den Stempel auf Prämienquittungen. — Eine Gegenüberstellung mit dem Vorjahr zeigt die folgenden Einnahmeposten des eidgenössischen Stempels:

Abgabe auf	1941	1940
1. Obligationen	Fr. 14,378,000	Fr. 7,365,000
2. Aktien und Stammanteilen	» 3,372,000	» 1,734,000
3. Umsatz in Wertpapieren und Verschiedenes	» 2,520,000	» 2,621,000
4. Wechsel	» 1,027,000	» 1,131,000
5. Prämienquittungen	» 7,147,000	» 5,889,000
6. Frachtkunden	» 2,922,000	» 2,659,000
7. Coupons (Ansätze 4 % auf Obligationen und 6 % auf Aktien) . . .	» 41,659,000	» 39,624,000
Total	<u>Fr. 73,025,000</u>	<u>Fr. 61,023,000</u>

Vom Reinertrag von rund Fr. 72,509,000 wurde $\frac{1}{5}$ an die Kantone verteilt, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung. Für den Staat Bern betrug das Betreffnis Fr. 2,458,339.35.

M. Gebühren.

	Voranschlag pro 1941	Reinerträge pro 1941	Reinerträge pro 1940
Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben	Fr. 1,500,000.—	Fr. 2,468,788.65	Fr. 1,699,109.96
Fixe Gebühren der Amtsschreiber	» 230,000.—	» 249,855.—	» 227,987.—
Gebühren der Regierungsstatthalterämter	» 130,000.—	» 275,702.50	» 234,858.50
Gebühren der Gerichtsschreibereien	» 160,000.—	» 152,488.50	» 148,270.25
Gebühren der Betreibungs- und Konkursämter . . .	» 550,000.—	» 703,249.45	» 670,437.95
Zusammen	Fr. 2,570,000.—	Fr. 3,850,084.10	Fr. 2,980,663.66
Abzüglich Bezugskosten	» 2,700.—	» 2,430.10	» 2,605.75
	<u>Fr. 2,567,300.—</u>	<u>Fr. 3,847,654.—</u>	<u>Fr. 2,978,057.91</u>
<i>Staatskanzlei</i>	» 130,000.—	» 258,077.50	» 152,135.25
<i>Obergericht</i>	» 38,000.—	» 29,850.—	» 36,600.—
<i>Verwaltungsgericht</i>	» 12,000.—	» 8,960.—	» 8,270.—
<i>Handelsgericht</i>	» 10,000.—	» 9,150.—	» 6,350.—
<i>Anwaltskammer</i>	» 1,500.—	» 805.—	» 580.—
<i>Versicherungsgericht</i>	» 500.—	» 700.—	» 800.—
<i>Polizeidirektion</i>	» 115,000.—	» 98,395.—	» 108,540.—
<i>Markt- und Hausierpatente</i>	» 140,000.—	» 143,843.70	» 135,841.15
<i>Patenttaxen der Handelsreisenden</i>	» 200,000.—	» 208,894.—	» 199,323.—
<i>Gebühren für Auto- und Radjahrbewilligungen</i>	» 850,000.—	» 638,206.15	» 879,348.05
<i>Gebühren der Lichtspielkontrolle</i>	» 19,000.—	» 18,140.—	» 18,460.—
<i>Gewerbescheinengebühren</i>	» 25,000.—	» 31,879.10	» 26,012.95
<i>Handels- und Gewerbekammer</i>	» 25,000.—	» 72,500.—	» 63,300.—
<i>Gebühren von Ausverkäufen</i>	» 10,000.—	» 220.—	» 8,348.10
<i>Gebühren der Liegenschaftsvermittler</i>	» —.—	» 2,814.70	» 1,466.35
<i>Finanzdirektion</i>	» 100.—	» 400.—	» 250.—
<i>Rekurskommission</i>	» 80,000.—	» 80,704.—	» 80,879.75
<i>Konzessionsgebühren</i>	» 2,000.—	» 2,153.50	» 2,079.42
<i>Sanitätsdirektion</i>	» 7,000.—	» 5,550.—	» 5,050.—
	<u>Fr. 4,232,400.—</u>	<u>Fr. 5,458,896.65</u>	<u>Fr. 4,711,691.93</u>
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			<u>Fr. 1,226,496.65</u>
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			<u>Fr. 747,204.72</u>

Der bedeutende Gebührenmehrbetrag ist hauptsächlich auf die Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben zurückzuführen, welche gegenüber dem Vorjahr um rund Fr. 769,000 gestiegen sind. Vermehrte Liegenschaftskäufe haben besonders in den Städten stattgefunden (Kapitalanlagen). Es sind z. B. im Amt Bern pro 1941 an Gebühren Fr. 1,033,005 eingegangen, gegen Fr. 577,873 im Vorjahr, in Biel Fr. 150,496 gegen Fr. 91,339. Weitere 21 Amtsbezirke verzeigen ebenfalls Mehrerträge, während 7 Ämter (Oberhasli, Saanen, Nieder- und Ober-Simmmental, Schwarzenburg, Seftigen und Laufen) das vorjährige Ergebnis nicht erreichten.

Einen wesentlichen Minderertrag gegenüber dem Jahr 1940 verzeichnen die Gebühren für Auto- und Radfahrerbewilligungen mit Fr. 241,141.90. Der Ausfall betrifft den Anteil ($\frac{1}{2}$) an den vom Strassenverkehrsamt bezogenen Auto- und Motorradgebühren, welche infolge der Treibstoffrationierung um ca. 80 % gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben sind.

VIII. Hülfskasse.

Der Geschäftsgang der Hülfskasse hat im Jahre 1941 einen ruhigen Verlauf genommen, und das Ergebnis der Betriebsrechnung darf als ein befriedigendes bezeichnet werden. Die im letzten Bericht erwähnte rückläufige Bewegung im Mitgliederbestand hat ihren Abschluss gefunden, und es ist im Berichtsjahr wieder eine leichte Vermehrung der Kassenangehörigen zu verzeichnen. Es ist bereits im letztjährigen Bericht darauf hingewiesen worden, dass für das Jahr 1941 mit einem Rückgang der Einnahmen zu rechnen sei, da die Rechnung des Jahres 1940 ausserordentliche Einnahmen, herrührend aus der am 1. Januar 1940 in Wirksamkeit getretenen allgemeinen Besoldungsrevision, enthielt. Diese Voraussage hat sich tatsächlich erfüllt, soweit die Monatsbeträge betreffend, während die ordentlichen Beiträge des Staates und der Versicherten eine leichte Zunahme zu verzeichnen haben. Die Ausgaben verzeigen in ihrer Gesamtheit eine Erhöhung von rund Fr. 100,000 gegenüber der letztjährigen Rechnung, die in der Hauptsache durch Mehraufwendungen für Rentenzahlungen und Abgangschädigungen verursacht wurde. Der Kassenverkehr schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von rund Fr. 1,027,000 ab, um welchen Betrag sich die Kapitalanlagen des Rentenfonds vermehrt haben. Die Rechnung über den Spareinlagenfonds zeigt ähnliche Verhältnisse wie der Rentenfonds. Auch hier ergibt sich im Berichtsjahre eine Zunahme der Spareinleger und Mindereinnahmen infolge Wegfalls der im letzten Jahr in Erscheinung getretenen Monatsbeträge verursacht durch die allgemeine Besoldungsrevision. Der Spareinlagenfonds hat auf Ende 1941 eine Zunahme des Kapitalbestandes von rund Fr. 250,000 aufzuweisen. Eine erfreuliche Entwicklung hat im Berichtsjahr der Unterstützungsfonds zu verzeichnen, dem Zuwendungen im Gesamtbetrag von Fr. 51,972.05 zugeflossen sind. Der Kapitalbestand dieses Fonds beziffert sich auf Ende 1941 auf Fr. 130,900.55.

Im Berichtsjahre wurden die versicherungstechnischen Untersuchungen über die Hülfskasse durch den beauftragten Experten zum Abschluss gebracht, der auf Grund seiner Feststellungen einen Bericht verfasst und bestimmte Anträge über die zu ergreifenden Massnahmen zur endgültigen Sanierung der Kasse formuliert hat. Es wird nun Sache der zuständigen Behörden sein, die zu treffenden Massnahmen zu beschliessen.

Die bei der Hypothekarkasse angelegten Kassengelder wurden im Berichtsjahr von dieser zu $3\frac{1}{2}$ %

verzinst. Gemäss der im Dekret vom 7. Juli 1936 enthaltenen Bestimmungen ergänzte der Staat die Verzinsung auf 4 %.

In der Zusammensetzung der Verwaltungskommission ist im Jahre 1941 keine Änderung eingetreten. Im Berichtsjahre wurden die Abgeordnetenwahlen durchgeführt, und es sind aus der Wahl in den verschiedenen Landesteilen 40 Abgeordnete (bisher 38) hervorgegangen. Die Wahlen geben zu keinen besondern Bemerkungen Anlass. Die ordentliche Abgeordnetenversammlung fand am 23. Oktober 1941 statt. Sie befasste sich mit den ordentlichen Verhandlungsgegenständen und bezeichnete als Präsidenten Fritz Tschiemer, Aktuar des Regierungsstatthalteramtes Interlaken, und als Vizepräsidenten Armand Graf, Regierungsstatthalter in Delsberg. Die weiteren Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung geben zu keinen Bemerkungen Anlass.

Die Verwaltungskommission erledigte die ihr zugewiesenen Geschäfte in 10 Sitzungen, in denen sie sich mit 359 Gesuchen um Aufnahme sowie mit 9 Gesuchen um Übertragung von den Spareinlegern zu den Mitgliedern befasste und ausserdem 1 Gesuch um den Einkauf von Zusatzjahren behandelte. Von den neu in den Staatsdienst eingetretenen Personen konnten 252 als Mitglieder aufgenommen und 107 den Spareinlegern zugewiesen werden. Auf Grund des Ergebnisses ärztlicher Nachuntersuchungen wurden 8 Spareinleger als Mitglieder aufgenommen. Überdies hatte die Verwaltungskommission 89 Begehren um Ausrichtung von Kassenleistungen zu prüfen, von denen 79 in Berücksichtigung gezogen wurden. Wegen selbstverschuldeter Invalidität oder Entlassung mussten in 6 Fällen Kürzungen der Kassenleistungen vorgenommen werden.

Die eidgenössische Finanzverwaltung hat den zwischen der eidgenössischen Versicherungskasse und der Hülfskasse unterm 27. Mai 1931 abgeschlossenen Gegenseitigkeitsvertrag, der den Versicherten den Übertritt von der einen Kasse in die andere ohne Einbusse auf den erworbenen Versicherungsansprüchen ermöglichte, gekündigt, da der Bundesrat im Jahre 1941 die Vorschriften der Versicherungskasse so geändert hat, dass die Gleichheit der Versicherungsgrundlagen, die eine Voraussetzung für den Abschluss des Gegenseitigkeitsvertrages bildete, nicht mehr vorhanden war.

Die Bewegung in den Beständen der Mitglieder und der Spareinleger gestaltete sich im Berichtsjahre folgendermassen:

a) Mitglieder.

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1940 . . .	3488
Zuwachs (Neueintritte und Übertritte von den Spareinlegern)	260
	<u>3748</u>
Abgang (Austritte, Pensionierungen, Todesfälle)	221
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1941 . . .	<u>3527</u>

b) Spareinleger.

Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1940	303
Zuwachs (Neueintritte)	107
	<u>410</u>
Abgang (Austritte, Übertritte zu den Mitgliedern, Todesfälle)	56
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1941	<u>354</u>

Am Ende des Berichtsjahres bezifferte sich der anrechenbare Jahresverdienst für die Mitglieder auf Fr. 19,549,878 (Vorjahr Fr. 19,212,590) und für die Spareinleger auf Fr. 1,429,043 (Vorjahr Fr. 1,238,718). Es ergibt sich für die Mitglieder eine Erhöhung von Fr. 337,288 und für die Spareinleger eine solche von Fr. 190,325.

Der Bestand der Rentenbezüger weist im Berichtsjahre folgende Veränderungen auf:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1940	611	513	121	22
Zuwachs im Berichtsjahre	30	32	12	4
	<u>641</u>	<u>545</u>	<u>133</u>	<u>26</u>
Abgang im Berichtsjahre	27	29	15	5
	<u>614</u>	<u>516</u>	<u>118</u>	<u>21</u>
Veränderungen gegenüber dem Vorjahre	+3	+3	-3	-1

Die jährlichen Verpflichtungen für Rentenleistungen (einschliesslich 7 Verwandtenrenten) belaufen sich auf Fr. 3,276,645 am 31. Dezember 1941 gegenüber Fr. 3,248,995 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl der Rentenbezüger hat deshalb eine Zunahme um zwei Personen zu verzeichnen, und die jährliche Rentensumme hat eine Erhöhung um Fr. 27,650 erfahren.

Gestützt auf die Gegenseitigkeitsverträge mit andern Pensionskassen erfolgten im Berichtsjahre sieben Übertritte.

Jahresrechnung.**Rentenfonds.**

Die Einnahmen betragen im Berichtsjahre	Fr. 4,443,952.30
Die Ausgaben betragen im Berichtsjahre	» 3,416,801.75
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	<u>Fr. 1,027,150.55</u>

(im Vorjahre Fr. 1,310,718.10)

Die Vermögensrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse, einschliesslich Guthaben bei der Staatskasse	Fr. 25,352,853.55
Ausstehende Einkaufsgelder der Mitglieder	» 43.—
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1941	Fr. 25,352,896.55
Er betrug am 1. Januar 1941	» 24,326,029.—
Die Kapitalvermehrung pro 1941 beträgt somit	<u>Fr. 1,026,867.55</u>

Die Rechnung über die **Spareinlagen** weist folgende Summen auf:

Einnahmen	Fr. 346,412.75
Ausgaben	» 94,490.30
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	<u>Fr. 251,922.45</u>

Die Vermögensrechnung gestaltet sich folgendermassen:

Guthaben bei der Hypothekarkasse, einschliesslich Guthaben bei der Staatskasse	Fr. 2,495,009.—
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1941	Fr. 2,495,009.—
Er betrug am 1. Januar 1941	» 2,243,086.55
Die Kapitalvermehrung pro 1941 beträgt somit	<u>Fr. 251,922.45</u>

Unterstützungsfonds.

Einnahmen	Fr. 55,577.70
Ausgaben	» 2,683.80
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	<u>Fr. 52,893.90</u>

Die Vermögensrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse, einschliesslich Guthaben bei der Staatskasse	Fr. 130,900.55
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1941	Fr. 130,900.55
Er betrug am 1. Januar 1941	» 78,006.65
Die Kapitalvermehrung pro 1941 beträgt somit	<u>Fr. 52,893.90</u>

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hilfskasse verwiesen.

IX. Statistisches Bureau.

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich das Statistische Bureau u. a. mit folgenden Arbeiten befasst:

1. Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1941. Die im Vorjahr fällig gewesene Volkszählung wurde durch den Bundesrat auf den 1. Dezember 1941 angeordnet. Unsere Amtsstelle hatte sich mit der Sammlung der Materialien, die auf den Regierungstatthalterämtern geprüft worden waren, zu befassen und nahm eine Revision der Ergebnisse vor, um möglichst rasch die wichtigsten Veränderungen im Bevölkerungsstand festzustellen. Am 19. Januar 1942 wurde die Presse über die entstandenen Bevölkerungsschiebungen orientiert.

Die provisorischen Ergebnisse weisen folgende Zahlen auf: Die Wohnbevölkerung beträgt 726,464 Personen. In den letzten elf Jahren nahm die Volkszahl des Kantons um 37,690 Personen zu, während die Erhöhung dieser Ziffer zwischen den Volkszählungen von 1920 und 1930 nur 14,380 betrug.

Die Ergebnisse der Volkszählung bestätigen die Richtigkeit der von uns auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder und der Zahl der Stimmberechtigten gemachten Berechnungen, die wir rückwirkend bis zum Jahre 1926 durchgeführt hatten und jeweilen im Staatsverwaltungsbericht publizierten. Die nachfolgende Tabelle orientiert über den Verlauf des Bevölkerungsstandes unterschieden in 2 Altersgruppen.

Nach diesen Berechnungen betrug der Bestand an:

Jahr	Personen bis und mit dem 17. Altersjahr	Personen von 18 und mehr Jahren	Gesamtbevölkerung
1926	223,700	452,700	676,400
1927	221,000	455,200	676,200
1928	220,200	461,400	681,600
1929	218,600	467,400	686,000
1930 ¹⁾	217,195	471,579	688,774
1931	217,000	479,400	696,400
1932	216,800	489,400	706,200
1933	216,600	497,100	713,700
1934	216,000	504,000	720,000
1935	214,900	509,300	724,200
1936	213,200	513,700	726,900
1937	210,200	518,500	728,700
1938	206,600	523,000	729,600
1939	203,000	524,500	727,500
1940	200,700	526,000	726,700
1941 ¹⁾ prov.	198,752	527,712	726,464

Bemerkenswert ist die zutage tretende Verschärfung der Landflucht, d. h. der Zug nach der Stadt und nach gewerblich-industriellen Ortschaften. Die Stadt Bern hat seit der Volkszählung 1930 allein um 18,931 Seelen zugenommen. Je grösser der Anteil der landwirtschaftlich Erwerbenden in der Gemeinde ist, desto kleiner ist die Bevölkerungszunahme. In den rein landwirtschaftlichen Gemeinden ist im Durchschnitt eine Abnahme im Bevölkerungsstand zu verzeichnen.

¹⁾ Zählung.

Gegenüber dem Jahr 1930 ergeben sich folgende Veränderungen in den Gemeindegruppen:

	Zahl der Gemeinden	Zu- und Abnahme der Bevölkerung absolut	in Prozent
Städtische Gemeinden .	31	28,124	+ 11,1
Gewerbl. Gemeinden .	125	8,348	+ 5,0
Gewerblich-landwirtschaftliche Gemeinden	159	1,702	+ 1,2
Landwirtschaftliche Gemeinden	181	484	— 0,5
Total	496	37,690	+ 5,5

Die Bevölkerung nahm besonders im Westjura stark ab.

In der letzten Zählperiode war noch ein kräftiger Wanderungsverlust festzustellen. Der Geburtenüberschuss betrug 52,360, die Vermehrung der Wohnbevölkerung jedoch nur 14,380 Seelen, so dass ein Wanderungsverlust von 37,980 resultierte. In der Zeit 1930 bis 1941 ist dagegen ein Wanderungsgewinn festzustellen. In dieser Periode wurden 33,308 Personen mehr geboren, als Sterbefälle vorkamen, ausserdem wurde eine Vermehrung im Bevölkerungsstand von 37,690 Personen gezählt. Es ergibt sich daraus ein Wanderungsgewinn von 4882 Personen. Dieser Wanderungsgewinn beschränkt sich jedoch nur auf 6 Bezirke, nämlich Bern (18,931), Thun (3741), Biel (2603), Niderrimental (738), Oberhasli (321) und Pruntrut (8). Die übrigen Amtsbezirke weisen einen Wanderungsverlust auf, der besonders ausgeprägt ist in den Ämtern Courtelary, Signau, Trachselwald, Burgdorf, Freibergen, Schwarzenburg, Aarwangen, Wangen, Büren, Nidau und Seftigen.

Recht augenfällig ist die Umschichtung in der Altersgliederung der Bevölkerung. Die Zahl der Greise nimmt stark zu, die der Jugendlichen ab. Es wurden gezählt:

	a) absolut:		
	1923 und später Geborene	1876 bis 1922 Geborene	1875 und früher Geborene
1920	258,574	382,163	33,657
1930	227,230	419,396	40,089
1941	210,252	462,537	53,675

	b) in Prozent:		
1920	38,3 %	56,7 %	5,0 %
1930	33,1 %	61,1 %	5,8 %
1941	28,9 %	63,7 %	7,4 %

Innert 21 Jahren sank die Zahl der Personen bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr um 48,322, während gleichzeitig der Bestand der Personen, die 65 und mehr Jahre alt sind, um 20,018 gestiegen ist.

Augenscheinlich ist die Verkleinerung der Haushaltungen. Im Jahre 1764 wurden pro Haushaltung 4,50 Personen gezählt. Die Zahl nahm zu bis zum Jahre 1850, als pro Haushaltung 5,26 Personen regi-

striert wurden. Seither ist diese Zahl ununterbrochen gesunken, 1930 betrug sie 4,15 Personen und 1941 nur noch 3,82 Personen.

Dagegen hat die Zahl der Haushaltungen je bewohntes Haus zugenommen, und zwar von 1,49 Haushaltungen je bewohntes Haus im Jahre 1870 auf 1,73 Haushaltungen im Jahre 1930 und auf 1,80 Haushaltungen je Wohnhaus im Jahre 1941.

Die Ausländerquote ist weiterhin gesunken, und sie steht nicht mehr stark über dem Anteil des Jahres 1850. Die Entwicklung geht aus folgender Zahlenreihe hervor:

Jahr	Ausländer	Anteil an der Gesamtbevölkerung
1850	6,764	1,48 %
1880	14,191	2,67 %
1910	35,053	5,43 %
1920	25,166	3,73 %
1930	19,558	2,84 %
1941	11,777	1,64 %

2. Erhebung über die Steuerkraft der Gemeinden.

Mit der Erhebung über die Gemeindesteuern erfolgt auch die Erfassung der Steuerfaktoren, aus denen die Steuerkraft ¹⁾ der Gemeinden ermittelt wird. Wir haben diese Erhebungen seit 1927 regelmässig nachgeführt. Die Steuerkraft der Gemeinden nahm in dieser Zeit folgende Entwicklung (in Millionen Franken):

	Rohe Steuerkraft	Reine Steuerkraft (nach Abzug der Grundpfandschulden)
	Mill. Fr.	Mill. Fr.
1927	11,687,8	9,958,1
1928	11,907,2	10,101,1
1929	12,295,2	.
1930	12,640,6	.
1931	12,702,4	10,667,8
1932	12,496,1	10,379,2
1933	12,346,2	10,218,5
1934	12,318,9	10,119,4
1935	12,196,5	9,942,5
1936	11,944,0	9,665,2
1937	11,807,1	9,518,8
1938	12,360,1	10,036,7
1939	12,481,7	10,132,3
1940	12,678,9	10,313,1

Die in den Jahren 1938 und 1939 festgestellte Aufwärtsbewegung der Steuerkraft hat auch im Jahre 1940 angehalten.

3. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

¹⁾ Zur Berechnung der Steuerkraft werden das steuerpflichtige Einkommen I. Klasse mit dem Faktor 15 und das steuerpflichtige Einkommen II. Klasse mit dem Faktor 25 multipliziert und das Grundsteuerkapital und die unterpfändlichen Kapitalien zugezählt.

	1938 Fr.	1939 Fr.	1940 Fr.
Barleistungen . .	8,514,904	7,071,659	6,470,322
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . .	487,280	443,308	475,414
Total Bruttoaufwand	9,002,184	7,514,967	6,945,736

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	Fr.	Fr.	Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . .	1,129,543	715,333	522,676
Beiträge von andern Gemeinden	58,010	23,116	51,754
Beiträge von Privaten	588,710	278,839	289,457
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen	7,225,921	6,497,679	6,081,849
Total wie oben . .	9,002,184	7,514,967	6,945,736

Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

1928	Fr. 9,423,900	= Fr. 13.70	} je Kopf der Wohnbevölkerung 1930.
1929	» 8,835,600	= » 12.85	
1930	» 10,932,800	= » 15.85	
1931	» 10,040,300	= » 14.60	
1932	» 10,944,600	= » 15.90	
1933	» 8,848,724	= » 12.85	
1934	» 8,850,079	= » 12.85	
1935	» 7,894,634	= » 11.45	
1936	» 8,323,575	= » 12.10	
1937	» 7,551,353	= » 10.96	
1938	» 7,225,921	= » 10.49	
1939	» 6,497,679	= » 9.43	
1940	» 6,081,849	= » 8.83	

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Die höchsten Aufwendungen waren zu Beginn der Wirtschaftskrise zu verzeichnen, als die Gemeinden durch Vermehrung des Strassenbaues der Arbeitslosigkeit zu begegnen versuchten. Zum Teil durch Erschöpfung der Mittel, teilweise durch Erledigung baureifer Objekte, sank hernach der Aufwand trotz Verschärfung der Krise zurück. Infolge Verbesserung der Wirtschaftslage erschien dann vielerorts die Fortführung eines verstärkten Strassenausbaues nicht mehr notwendig. Der Rückgang der Aufwendungen in den Jahren 1939 und 1940 ist weitgehend der Mobilmachung zuzuschreiben.

Nach Ämtern geordnet betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1938, 1939 und 1940 (die Zahlen seit dem Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

Amtsbezirk	1938 Fr.	1939 Fr.	1940 Fr.
Aarberg	190,825	190,054	223,866
Aarwangen	418,897	242,234	231,426
Bern	2,520,951	2,393,557	2,421,469
Biel	407,186	422,737	483,493
Büren	159,436	88,734	64,327
Burgdorf	376,126	259,361	191,555
Courtellary	116,523	71,345	118,319
Delsberg	141,210	65,514	56,562
Erlach	63,535	49,435	53,753
Freibergen	13,181	62,248	36,607 ¹⁾
Fraubrunnen	123,867	123,323	83,571
Frutigen	115,333	150,183	48,618
Interlaken	357,428	276,969	294,743
Konolfingen	226,905	229,096	149,147
Laufen	43,169	53,869	31,375
Laupen	90,424	79,199	78,721
Übertrag	5,364,996	4,757,858	4,567,552

Amtsbezirk	1938 Fr.	1939 Fr.	1940 Fr.
Übertrag	5,364,996	4,757,858	4,567,552
Münster	124,173	151,832	191,176
Neuenstadt	51,740	7,557	29,645
Nidau	168,388	146,991	104,447
Oberhasli	96,676	50,605	41,417
Pruntrut	162,778	88,290	111,048
Saanen	29,471	36,212	36,062
Schwarzenburg	114,355	90,366	80,045
Seftigen	167,414	136,915	151,665
Signau	178,414	166,550	162,891
Nieder-Simmental	63,310	63,659	66,068
Ober-Simmental	24,931	40,202	29,455
Thun	270,565	434,140	330,661
Trachselwald	259,388	228,403	169,720
Wangen	149,322	98,099	83,211
Total	7,225,921	6,497,679	6,155,063

4. Kosten der Ausländerarmenfürsorge. Im Auftrag des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes ist wiederum der Aufwand für die Ausländerarmenfürsorge ermittelt worden. Die Aufwendungen sind etwas zurückgegangen, doch liegen sie immer noch

erheblich über den entsprechenden Beträgen der letzten Vorkriegsjahre.

Nach unsern Feststellungen wurden aus öffentlichen und privaten Mitteln für Ausländer aufgewendet:

Jahr	Deutschland- Österreich Fr.	Frankreich Fr.	Italien Fr.	Ungarn Fr.	Belgien Fr.	Andere Länder und Staatenlose Fr.	Total Fr.
1933	47,300	9,932	30,283	577	1176	16,877	106,145
1934	42,918	14,793	28,230	648	1793	9,353	97,735
1935	24,581	17,377	22,535	827	2057	4,950	72,297
1936	27,110	19,230	31,270	330	1040	7,980	86,960
1937	22,468	21,412	19,529	47	659	4,660	68,775
1938	20,250	16,970	23,370	330	390	3,460	64,770
1939	15,869	18,133	22,475	73	127	3,256	59,933
1940	33,139	19,303	24,319	342	4369	24,916	106,388 ²⁾
1941	30,103	19,055	27,197	2527	360	20,029	99,271 ²⁾

5. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlich-rechtlicher Unternehmungen des Kantons Bern. Die Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlich-rechtlicher Unternehmungen wurde fortgeführt. Die Hauptergebnisse der bernischen Staatsbetriebe sind folgende:

a) Umfang der Untersuchung.

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha	
		Total	Davon Wald
1929	19	2423	84
1930	19	2425	84
1931	19	2425	84
1932	19	2478	88
1933	19	2478	88
1934	19	2482	88
1935	19	2495	94
1936	19	2495	94
1937	19	2510	97
1938	19	2515	97
1939	19	2527	96
1940	19	2553	96
1941	19	2536	120

Die Zahl der Betriebe ist während der ganzen Untersuchungsperiode gleich geblieben, deren Kulturfläche dagegen durch Zukäufe gewachsen.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss».

aa) absolut:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.
1929	2,849,297	1,978,045	871,252
1930	2,850,113	2,012,848	837,265
1931	2,421,126	1,940,504	480,622
1932	2,211,524	1,975,178	236,346
1933	2,295,632	1,912,616	383,016
1934	2,287,028	1,941,470	345,558
1935	2,479,246	1,956,528	522,718
1936	2,651,360	1,975,100	676,260
1937	2,600,778	1,963,385	637,393
1938	2,601,341	1,989,636	611,705
1939	2,595,170	1,969,426	625,744
1940	2,746,753	1,932,904	813,849
1941	3,436,920	2,147,147	1,289,773

¹⁾ Für den Amtsbezirk Freibergen ergab sich für das Jahr 1940 ein Einnahmenüberschuss. Dieser ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Goumois in den Jahren 1935/36/37 grössere Arbeiten ausführte, für welche sie die Bundes- und Kantonsbeiträge erst in den Jahren 1938/39/40 erhielt. Im Jahre 1940 überschrritten diese Beiträge die Ausgaben des ganzen Amtsbezirks um Fr. 36,607.

²⁾ Von diesen Aufwendungen stammen Fr. 45,791 im Jahre 1940 bzw. Fr. 32,986 im Jahre 1941 aus Mitteln des Bundes für in bernischen Anstalten untergebrachte Internierte.

bb) je Hektar Kulturfläche:

Jahr	Erträge	Aufwand	„Überschuss“
	Fr.	Fr.	Fr.
1929 . . .	1176	816	360
1930 . . .	1175	830	345
1931 . . .	998	800	198
1932 . . .	892	797	95
1933 . . .	926	772	154
1934 . . .	922	783	139
1935 . . .	993	784	209
1936 . . .	1062	792	270
1937 . . .	1036	782	254
1938 . . .	1035	791	243
1939 . . .	1026	779	247
1940 . . .	1076	757	319
1941 . . .	1355	847	508

Die Erträge haben dank der besseren Preise eine erhebliche Aufbesserung von rund 26 % erfahren, zum Teil ist das eine Folge der günstigen Verwertungserlöse, teilweise steckt in den Erträgen ein Aufwertungsgewinn auf den vorhandenen Vorräten und Tierbeständen. Von der Verbesserung der Erträge entfällt der grösste Teil auf den Mehrertrag der Feldprodukte. Auch die Gruppe übriger Tierbestand brachte verhältnismässig stark erhöhte Einnahmen, woran die Pferdezucht sowie der Rindviehzuwachs namhaften Anteil hatten. Dagegen war die Ertragsverbesserung aus den Milcherträgen und dem Schweinestall mässig. Die nachstehende Aufstellung orientiert über die Entwicklung der Erträge:

aa) Absolut:

Jahr	Rindviehhaltung		Schweinehaltung	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.)	Landwirtschaftliche Produkte	Verschiedenes
	Tiere	Milch				
	Fr.	Fr.				
1929	364,769	628,485	453,881	43,941	1,203,022	155,199
1930	379,333	627,363	546,817	54,511	1,079,462	162,622
1931	343,996	579,950	390,563	47,364	901,713	157,540
1932	129,588	611,020	304,470	46,038	971,459	148,949
1933	144,487	582,126	343,364	49,594	998,634	177,427
1934	121,513	607,195	283,670	60,970	1,024,954	188,726
1935	235,271	589,508	252,397	48,930	1,179,973	173,167
1936	370,552	553,510	326,260	60,216	1,153,447	187,375
1937	316,871	578,760	369,329	64,848	1,100,772	170,408
1938	297,241	583,656	354,406	76,382	1,103,437	186,219
1939	314,136	521,213	309,496	83,380	1,169,996	196,949
1940	337,285	582,854	339,578	107,229	1,333,057	46,750
1941	452,981	636,215	420,805	148,199	1,729,051	49,669

bb) Je Hektar Kulturfläche:

Jahr	Rindviehhaltung		Schweinehaltung	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.)	Landwirtschaftliche Produkte	Verschiedenes
	Tiere	Milch				
	Fr.	Fr.				
1929	151	259	187	18	497	64
1930	157	259	225	22	445	67
1931	142	239	161	20	372	65
1932	52	246	123	19	392	60
1933	58	235	139	20	403	71
1934	49	245	114	25	413	76
1935	94	236	101	20	473	69
1936	149	222	131	24	462	74
1937	126	231	147	26	438	68
1938	118	232	141	30	439	74
1939	124	206	122	33	463	78
1940	132	228	133	42	523	18
1941	179	251	165	58	682	20

Der Aufwand zeigt gegenüber dem Vorjahr keine bedeutende Vermehrung. Er stieg nur um etwas mehr als 5 %. Es ist bei der Beurteilung dieser Zahl zu berücksichtigen, dass den Staatsbetrieben vielfach unbezahlte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und sich

daher die allgemeinen Lohnänderungen nicht mit vollem Gewicht auswirken. Zudem werden in der Staatsverwaltung an Stelle einer allgemeinen Lohnerhöhung Teuerungszulagen ausgerichtet. Der Aufwand hierfür wird nicht den Betrieben, sondern einem generellen

Teuerungszulagekonto belastet. Trotzdem stiegen die Aufwendungen für Besoldungen und Arbeitslöhne um annähernd 10 %. Der Aufwand für zugekaufte Futtermittel hält sich auf der Höhe des Vorjahres. Auch die Ausgaben für Düngemittel mussten nur wenig heraufgesetzt werden, weil einzelne Düngemittel, wie z. B. Thomasmehl, überhaupt nicht erhältlich waren. Dagegen ist für den Zukauf von Sämereien ein wesentlich verstärkter Aufwand zu verzeichnen. Stark erhöht wurden die Aufwendungen für den Unterhalt des Maschinen- und Fuhrparks und für Maschinen- und Ge-

räteankauf. Ebenso hat sich der Aufwand für Gebäudeunterhalt nahezu verdreifacht. Der in den Rechnungen der Staatsbetriebe ausgewiesene Aufwand für Gebäudeunterhalt ist nicht vollständig. Viele Reparaturen werden durch die Anstalten selbst durchgeführt, und es fallen auf die Unterhaltskosten nur die Materialaufwendungen, ausserdem wird ein Teil des Gebäudeunterhalts durch die Baudirektion aus ihren Krediten bestritten. Für die einzelnen Aufwandbestandteile wurden folgende Beträge aufgewendet:

aa) Absolut:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäude- unterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Dünge- mittel Fr.	Sämereien Fr.	Futter- mittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
1929	353,178	48,046	191,006	107,401	73,834	363,823	241,535
1930	355,792	20,023	198,487	135,550	70,200	338,273	256,490
1931	348,995	28,223	155,925	92,462	82,695	343,487	226,736
1932	358,359	24,223	159,370	97,066	62,209	345,864	253,712
1933	362,011	15,369	176,964	87,300	35,970	313,041	250,007
1934	364,105	23,067	173,981	90,870	63,374	333,939	241,453
1935	367,932	28,179	164,179	91,695	97,729	309,763	255,376
1936	369,760	17,087	139,482	86,946	104,310	343,147	268,507
1937	362,665	17,658	158,865	87,238	81,947	360,529	264,696
1938	364,854	14,227	140,959	91,594	87,970	388,178	270,609
1939	367,633	17,420	131,550	93,147	111,424	350,009	270,476
1940	362,657	21,834	138,856	117,010	118,944	385,150	142,661
1941	371,093	51,809	214,196	107,257	152,348	380,340	167,694

bb) Je Hektar Kulturfläche:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäude- unterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Dünge- mittel Fr.	Sämereien Fr.	Futter- mittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
1929	146	20	79	44	30	150	100
1930	147	8	82	56	29	139	106
1931	144	12	64	38	34	142	93
1932	145	10	64	39	25	140	102
1933	146	6	72	35	15	126	101
1934	147	9	70	37	26	134	97
1935	147	11	66	38	39	124	102
1936	148	7	56	35	42	137	108
1937	144	7	63	35	33	144	105
1938	145	6	56	36	35	154	108
1939	146	7	52	37	44	138	107
1940	142	8	54	46	47	151	56
1941	146	20	84	43	60	150	66

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. Den besten Einblick in die Zusammensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Nettorohrertrag). Dieses ist der Betrag, der aus dem Landwirtschaftsertrag als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, das festgelegte eigene

und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen stellt auch jene Grösse dar, die am besten zu vergleichen zwischen den Anstalten geeignet ist, weil sie den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt.

Für die untersuchten Betriebe betragen:

aa) absolut:

Jahr	Besoldungen und Arbeitslöhne	Ertrag für das ge- samte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit		Total volkswirt- schaftliches Einkommen
		Fr.	Fr.	
1929 . . .	599,222	1,224,430	1,823,652	
1930 . . .	638,033	1,193,057	1,831,090	
1931 . . .	661,981	829,617	1,491,598	
1932 . . .	674,375	594,705	1,269,080	
1933 . . .	671,954	745,027	1,416,981	
1934 . . .	650,681	709,663	1,360,344	
1935 . . .	641,675	890,650	1,532,325	
1936 . . .	645,861	1,046,020	1,691,881	
1937 . . .	629,787	1,000,058	1,629,845	
1938 . . .	631,245	976,559	1,607,804	
1939 . . .	627,767	993,377	1,621,144	
1940 . . .	645,792	1,176,506	1,822,298	
1941 . . .	702,436	1,660,866	2,363,302	

bb) je Hektar Kulturfläche:

Jahr	Besoldungen und Arbeitslöhne	Ertrag für das ge- samte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit		Total volkswirt- schaftliches Einkommen
		Fr.	Fr.	
1929 . . .	247	506	753	
1930 . . .	263	492	755	
1931 . . .	273	342	615	
1932 . . .	272	240	512	
1933 . . .	271	300	571	
1934 . . .	262	286	548	
1935 . . .	257	357	614	
1936 . . .	259	418	677	
1937 . . .	251	398	649	
1938 . . .	251	388	639	
1939 . . .	248	393	641	
1940 . . .	253	461	714	
1941 . . .	277	655	932	

Das volkswirtschaftliche Einkommen oder der sogenannte Nettoertrag hat eine Aufbesserung um rund Fr. 541,000 oder von Fr. 218 je Hektar Kulturfläche gegenüber dem letzten Jahr erfahren, und es ist damit der Stand der Jahre 1929/30 zum erstenmal wieder überschritten worden.

6. Personalkörper des Staates. Wie in den letzten Jahren haben wir auch in diesem Jahr wieder auf den 15. Januar 1942 den Personalbestand der einzelnen Abteilungen zusammengestellt. Nach den uns von den einzelnen Abteilungen zugekommenen Meldungen betrug der Personalbestand (inklusive die nicht ständig beschäftigten Personen) je am 15. Januar:

Verwaltungsabteilung	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942
Staatskanzlei	31	31	31	32	32	32	31	32	32
Direktion des Innern	136	153	155	155	158	157	168	259	325
» des Militärs	150	149	153	142	141	141	296	380	407
» der Justiz	422	427	420	427	428	428	438	474	473
» des Kirchenwesens	343	348	349	348	348	352	351	356	362
» der Polizei	570	566	579	581	591	598	601	622	622
» der Finanzen und Domänen	229	263	264	278	287	286	290	338	349
» des Erziehungswesens	481	493	495	494	488	488	492	492	498
» der Bauten	580	570	586	569	555	571	562	572	586
» der Eisenbahnen	2	2	2	2	2	2	2	2	2
» der Forsten	252	250	254	250	253	253	258	291	294
» der Landwirtschaft	258	254	255	264	259	253	254	261	265
» des Armenwesens	108	114	116	121	124	128	137	137	143
» des Gemeindegewesens	6	6	6	7	7	6	7	7	7
» der Sanität	707	731	730	777	818	840	869	861	874
Obergericht	57	59	58	57	56	55	54	52	53
Total Stellen	4332	4416	4453	4504	4547	4590	4810	5136	5292
Ab: Zahl der bei mehr als einer Direktion oder Abteilung Beschäftigten	92	95	95	106	111	112	121	121	120
Total beschäftigte Personen	4240	4321	4358	4398	4436	4478	4689	5015	5172
Von diesen Personen sind nicht ständig beschäftigt	527	529	537	550	555	570	562	524	540
Bleiben vollbeschäftigte Personen	3713	3792	3821	3848	3881	3908	4127	4491	4632
Die nicht ständig beschäftigten Personen entsprechen vollbeschäftigten Personen	182	183	185	187	188	190	189	175	180
Es waren demnach beim Staate beschäf- tigt, in vollbeschäftigte Personen um- gerechnet	3895	3975	4006	4035	4069	4098	4316	4666	4812

Die starke Beanspruchung durch die Durchführung von kriegswirtschaftlichen Massnahmen hatte auch in diesem Jahr bei verschiedenen Direktionen eine Personalvermehrung zur Folge.

X. Salzhandlung.

Die Finanzdirektion musste im Berichtsjahr gegen einen Salzauswäger, der wiederholt Salz zu einem höheren als dem gesetzlich festgesetzten Preis verkauft hatte, vorgehen durch Verhängung einer Maximalbusse von Fr. 50 und Rückzug des Patentes.

Wegen abermaliger Erhöhung der Ankaufspreise durch die Rheinsalinen erhöhte der Regierungsrat durch Beschluss vom 1. Juli 1941 die Preise für Spezialsalze.

Die Salzrechnung 1941 ergab gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung des Konsums an nicht jodiertem, offenem Kochsalz von 5 % auf 26,9 %.

Umsatz pro 1941.

1. Kochsalz.

Die Salzfactoreien haben von den Salinen 9,255,775 kg, nämlich gewöhnliches Kochsalz 2,536,100 kg und jodiertes Kochsalz 6,719,675 kg (Vorjahr 8,930,725 kg, gewöhnliches Kochsalz 2,977,700 kg, jodiertes Kochsalz 5,953,025 kg), bezogen und an die Salzauswäger abgegeben:

Salzfactorei Thun	gewöhnliches Kochsalz	501,500 kg			
	jodiertes	1,443,750	»		
					1,945,250 kg
» Bern	gewöhnliches	1,000,300	»		
	jodiertes	1,384,075	»		
					2,384,375 »
» Burgdorf	gewöhnliches	383,300	»		
	jodiertes	1,280,500	»		
					1,663,800 »
» Langenthal	gewöhnliches	221,200	»		
	jodiertes	700,250	»		
					921,450 »
» Biel	gewöhnliches	328,700	»		
	jodiertes	758,700	»		
					1,087,400 »
» Delsberg	gewöhnliches	15,200	»		
	jodiertes	812,625	»		
					827,825 »
» Pruntrut	gewöhnliches	—	»		
	jodiertes	256,925	»		
					256,925 »
				Total	9,087,025 kg
Im Vorjahr wurden abgegeben (2,986,400 bzw. 6,371,650 kg)					9,358,050 »
Im Berichtsjahr wurden <i>weniger</i> verkauft					271,025 kg

2. Andere Salzarten.

	Eingang	Ausgang	Mehr- ausgang als 1940	Weniger- ausgang als 1940
	kg	kg	kg	kg
Tafelsalz	81,075	86,875	—	3,500
Tafelsalz Grésil	1,080	1,055	—	230
Meersalz	40,000	31,000	—	10,500
Gewerbesalz	1,359,800	1,317,300	—	399,400
Vergoldersalz	23,800	23,700	12,700	—
Pfannensteinsalz	42,600	42,600	—	13,500
Nitritpökelsalz	48,050	48,850	—	2,450

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Spezialsalze) Fr. 921,544.85 bezahlt, gegenüber Fr. 819,529.75 im Vorjahr.

Reinertrag.

Dieser geht hervor aus dem
 Bruttoertrag von Fr. 1,705,881.72
 Übertrag Fr. 1,705,881.72

Übertrag	Fr. 1,705,881.72	<i>verbleiben der Staatskasse als Reinertrag</i>	Fr. 1,093,741.25
abzüglich der Betriebskosten von	Fr. 380,164.79	<i>Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von</i>	Fr. 969,704.—
und der Verwaltungskosten von	» 31,975.68	<i>Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag</i>	Fr. 124,037.25
	» 412,140.47	<i>Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag vermindert um .</i>	Fr. 72,507.50
	Fr. 1,293,741.25		
abzüglich ferner des Beitrages an den Verein «Für das Alter», gemäss Gesetz vom 3. März 1929, Art. 2	» 200,000.—		
	Fr. 1,093,741.25		

XI. Domänenverwaltung.

Ankäufe.

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich		Grundsteuerschätzung Fr.	Kaufpreis Fr.
		a	m ²		
Bern	—	2	40	140.—	—.—
Biel	1	2	42	208,520.—	180,000.—
Burgdorf	—	18	01	1,880.—	18,010.—
Delsberg	2	15	32	84,020.—	88,000.—
Signau	—	—	41	82.—	—.—
	3	38	56	294,642.—	286,010.—

Verkäufe.

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich		Grundsteuerschätzung Fr.	Kaufpreis Fr.
		a	m ²		
Bern	—	4	64	500.—	1,470.—
Burgdorf	1	19	96	74,020.—	160,214.—
Courtelary	—	51	32	190.—	—.—
Erlach	—	—	—	—.—	250.—
Moutier	—	—	—	—.—	300.60
Oberhasli	—	4	24	230.—	139.—
Signau	—	—	41	82.—	—.—
Kanton Freiburg	—	—	—	—.—	33.—
	1	80	57	75,022.—	162,406.60
Seegrund, Strandboden	—	10	23	—.—	3,050.—
	1	90	80	75,022.—	165,456.60

Im Berichtsjahr wurden folgende An- und Verkäufe sowie Abtausche getätigt:

Ankäufe und Abtausche.

1. *Bern.* Von der Einwohnergemeinde Köniz erwarben wir mittelst Tausch einen Landabschnitt von 240 m² mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 140; dieser wurde zu Parzelle 44 des Schlossgutes geschlagen.

2. *Biel.* Zur Unterbringung der immer umfangreicher werdenden Veranlagungsbehörde Kreis Seeland, welche im Haus Ring 4 nicht mehr Platz hatte, sowie für die dortige Kantonspolizei, welche im Amthaus ebenfalls an Platzmangel litt, ist die Liegenschaft Neuen-gasse 8 von der Erbengemeinschaft Römer & Fehlbaum zum Preise von Fr. 180,000 angekauft worden. Grundsteuerschätzung Fr. 208,520.

3. *Burgdorf*. Der infolge Verkauf an die Firma Aebi & Co. der Salzhausliegenschaft in Burgdorf notwendig werdende Salzhausneubau bei der Station Steinhof erforderte den Ankauf des Baulandes hiefür. Dieses, im Halte von 18,01 a, konnte von der Firma Krähenbühl & Co., Baugeschäft, und H. u. F. Krähenbühl, Baumeister, erworben werden, und zwar zum Preise von Fr. 18,010.

4. *Delsberg*. Wie in den übrigen Kreisen erforderte ebenfalls die Steuerverwaltung in Delsberg die Erweiterung ihrer Bureaux; dies war dort nur möglich durch andere Unterbringung des bisher im II. Stock des Hauses der Steuerverwaltung, dem sogenannten Goetschelhaus, wohnenden Polizeibezirkshaus und Zuweisung der freiwerdenden Wohnung an die Veranlagungsbehörde Jura. Da andererseits die Landjägerwohnungen im bisherigen Gebäude Grand'rue 54 mit der sogenannten Porte de Porrentruy hygienisch sehr zu wünschen übrig lassen, wurde ebenfalls die Verlegung der Wohnungen aus diesem Hause in Erwägung gezogen. Die Unterbringung dieses Personals der Kantonspolizei in einem einzigen Gebäude schien wünschenswert, und sie wurde ermöglicht durch Ankauf einer Liegenschaft an der Baslerstrasse 9, Grossrat Boéchat gehörend. Diese hat eine Grundsteuerschätzung von Fr. 84,020 und konnte zum Preise von Fr. 88,000 erworben werden. Vorläufig hat einzig der Bezirkschef im Hause eine Wohnung bezogen; die andern sollen sukzessive, nach Eingang der Kündigungen seitens der bisherigen Mieter, durch die Landjäger belegt werden. Was die weitere Verwendung des durch diesen Umzug freiwerdenden Gebäudes Grand'rue 54 anbelangt, so laufen Verhandlungen mit der Gemeinde Delsberg zwecks Verkaufs an diese zuhanden des Jurassischen Museums.

5. *Signau*. In Lauperswil fand mit der Käseriegenossenschaft ein kleiner Landabtausch zugunsten des dortigen Pfrundgutes des Staates statt. Die abgetauschten Abschnitte hielten je 41 m².

Verkäufe und Abtausch.

1. *Bern*. Für die neue Geleiseeinführung in den Bahnhof Bern vom Wylerfeld her beanspruchte die SBB vom sogenannten Martinsrain (Grosse Schanze) des Staates einen Terrainstreifen von 294 m², welcher zum Preise von Fr. 5 pro m² = Fr. 1470 abgetreten worden ist.

In Köniz tauschten wir der Einwohnergemeinde eine Parzelle von 170 m² gegen eine solche von 240 m² ohne Leistung einer Entschädigung für den Mehrhalt der erhaltenen Parzelle ab.

2. *Burgdorf*. Um der Maschinenfabrik Aebi & Co. eine Erweiterung ihrer Fabrikanlage zu ermöglichen, verkauften wir ihr zum Preise von Fr. 160,000 das Salzmagazin beim Bahnhof Burgdorf. Als Ersatz für dieses Objekt wird bei der Station Steinhof ein neues Salzmagazin errichtet.

Für die Korrektur der Staatsstrasse im Dorfe Hindelbank hatte die dortige Einwohnergemeinde das nötige Terrain zu erwerben und gratis zur Verfügung zu stellen. Sie erwarb deshalb von dem Pfrundgut des Staates verschiedene Abschnitte im Totalhalte von 214 m² und zahlte hiefür einen Kaufpreis von Fr. 214.

3. *Courtelay*. Von der Métairie du Milieu am Chasseral, zur Arbeitsanstalt St. Johannsen gehörend, beanspruchte die Gemeinde St. Immer für die durch sie erstellte Strasse Plan Marmet-Chasseral 16,31 a auf Gemeindegebiet St. Immer und 35,01 a auf Gemeindegebiet Villeret. Da die dem Staat gehörende Alp von der neuen Strasse besondern Nutzen zieht, fand diese Landabtretung gratis statt.

4. *Erlach*. Für ein Herrn alt Direktor Dr. O. Kellerhals in Witzwil eingeräumtes Wasserbezugs- und Durchleitungsrecht aus der sogenannten Brennereibesitzung der Strafanstalt Witzwil in Ins zahlte dieser eine Entschädigung von Fr. 250.

5. *Moutier*. Das Telephonamt Biel leistete für die Bewilligung zum Stellen verschiedener Telephonleitungsstangen und die Einräumung eines Durchleitungsrechtes für ein Telephonkabel auf der Anstaltsdomäne Bellelay Entschädigungen von Fr. 30 und Fr. 270.60.

6. *Oberhasli*. Die Einwohnergemeinde Innertkirchen beanspruchte für den Ausbau des neuen Bottigersträsschens vom dortigen Pfrundgut des Staates 170 m² Land und zahlte hiefür Fr. 139. Ferner wurde ihr vom alten, nun aufgehobenen Strässchen 194 m², der Frau Magdalena Moor 42 m² und den Kraftwerken Oberhasli 18 m² gratis überlassen.

7. *Signau*. In Lauperswil fand tauschweise eine Abtretung von 41 m² Pfrundland an die dortige Käseriegenossenschaft statt.

8. *Trachselwald*. Der Einwohnergemeinde Eriswil wurde unentgeltlich ein Abwasserdurchleitungsrecht vom neuen Schulhaus durch die Pfarrhaushofstatt eingeräumt.

9. *Kanton Freiburg*. Ein gleiches Recht durch eine Pfrundparzelle in Kerzers wurde gegen Leistung einer Entschädigung von Fr. 33 der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau in Kerzers eingeräumt.

Seegrund- und Strandboden-Verkäufe.

			Kaufpreis
<i>Bielsee:</i>	Neuenstadt	609 m ² an Emil Rentsch, Rebbesitzer, Neuenstadt	Fr. 1827.—
<i>Brienzersee:</i>	Niederried	38 m ² an Ph. Jacky, Pfarrer, Niederried	» 95.—
	Niederried	23 m ² an M. Blatter, Privatier, Niederried	» 69.—
<i>Thunersee:</i>	Leissigen	353 m ² an Henri Werro, Geigenbauer, Bern	» 1059.—
			Erlös <u>Fr. 3050.—</u>

	Erdreich			Grundsteuerschätzung
	ha	a	m ²	Fr.
Bestand der Staatsdomänen am 31. Dezember 1940.	3525	77	85	84,712,395.—
Ankäufe im Jahre 1941, gemäss Aufstellung	—	38	56	294,642.—
Zuwachs durch Berichtigungen, von Neubauten, Schätzungsrevisionen der Brandversicherungssummen und entsprechender Erhöhung der Grundsteuerschätzungen sowie von Richtigstellungen der Vermessungspläne herrührend	1	85	82	406,440.—
	3528	02	23	85,413,477.—
Hievon gehen ab:				
Verkäufe, exklusive nicht vermessener Seegrund und Strandboden . .	—	80	57	75,022.—
Verminderung durch Berichtigung infolge Schätzungsänderungen, Richtigstellung der Vermessungspläne, Abschreibung von Gebäuden infolge Abbruchs	—	10	88	106,285.—
<i>Bestand auf 31. Dezember 1941</i>	<u>3527</u>	<u>10</u>	<u>78</u>	<u>85,232,170.—</u>

Der Zuwachs durch Berichtigungen (Fr. 406,440) rührt hauptsächlich her von Neu- und Nachschätzungen in Bern (Staatsarchiv Fr. 296,200), 2 Gebäuden der Landwirtschaftlichen Schule Rütli, Zollikofen (Franken 25,900), Chevenez (Landjägerposten Fr. 11,400), sowie verschiedener anderer kleinerer Objekte.

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf Fr. 2,622,158.06
 Im Voranschlag waren vorgesehen . » 2,598,500.—
 Somit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag Fr. 23,658.06

Dieser Mehrertrag setzt sich zusammen aus:
 Mehrertrag bei den Einnahmen . . Fr. 20,809.50
 Minderausgaben bei den Wirtschaftskosten » 5,568.29
 Fr. 26,377.79
 Mehrausgaben bei den Beschwerden » 2,719.73
 Fr. 23,658.06

Bern, den 9. Juli 1942.

Der Finanzdirektor:
Guggisberg.

Vom Regierungsrat genehmigt am 28. Juli 1942.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider.**

